

# Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 3 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598

## 23,6% arbeitslose Mitglieder im Jahresdurchschnitt. Mitgliederstand um 3500 erhöht.

Das Jahr 1929 brachte uns, was Arbeitsmöglichkeit anbelangt, eine große Enttäuschung. Die Hoffnung, daß nach dem außerordentlich strengen Winter mit einer großen, langandauernden Arbeitslosigkeit eine gute Konjunktur einsehen werde, erfüllte sich nicht. Trotz verhältnismäßig günstiger Witterung in den Sommermonaten lag immer ein großer Teil unserer Mitglieder auf der Straße. Die in den Wintermonaten zurückgebliebenen Bauten, die im Frühjahr vollendet wurden, brachten keine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes im Malergewerbe. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es nicht die Witterungseinflüsse sind, die diese Unsicherheit in unserm Gewerbe herbeiführen und von Tag zu Tag vergrößern. Eine hemmungslose Zunahme der sogenannten selbständigen Existenzen, verbunden mit einer grandiosen Lehrlingszuchterei, erschweren es der Gehilfenschaft immer mehr, in ihrem erlernten Berufe Verdienst und Brot zu finden. Gehilfen, die jahrelang zur vollsten Zufriedenheit im gleichen Betrieb gearbeitet hatten, werden oft monatelang zum Feiern gezwungen, müssen selbst in den sonst günstigsten Arbeitsmonaten aussetzen.

Unter diesen Verhältnissen leidet die Werbetätigkeit für den weiteren Aufstieg des Verbandes außerordentlich. Trotzdem ist es gelungen,

### die Mitgliederzahl von einem Quartal zum andern zu steigern.

Die Mitarbeit unserer Funktionäre und die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes bewirkten, daß selbst in den Winterquartalen, die uns früher immer große Mitgliederverluste brachten, kein merklicher Rückgang eintritt. So können wir das verflossene Jahr mit einer

### Zunahme von 3500 neuen Mitgliedern

nach Listen und Beiträgen abschließen. Wir alle wissen, welch großes Opfer der tätigen Kollegen es bedarf, um dieses Ergebnis zu zeitigen. Wir hegen aber die

Zuversicht, daß bei unsern Mitgliedern, die den Wert einer starken Organisation erkannt haben, dieser Erfolg ein neuer Ansporn sein wird, das gewonnene Terrain zu behaupten und einem weiteren Fortschritt den Weg zu ebnen.

Tausende von Berufskollegen stehen im Baualergewerbe und in der Industrie noch abseits unserer Bestrebungen, nehmen aber Anteil an den Errungenschaften der Organisation. Von den mehr als 40 000 Lehrlingen gehören erst 9000 unserm Verbands an. 30 000 zukünftige Gehilfen harren noch der Erfassung durch unsere Werbetätigkeit. Tausende davon wären verhältnismäßig leicht zu gewinnen und könnten so für ihre zukünftigen Aufgaben als Gehilfen und Gewerkschafter geschult werden, wenn bei unsern Mitgliedern das nötige Verständnis für die Organisation der Jugendlichen geweckt wird.

Wir haben also ein großes und weites Arbeitsfeld vor uns! Es genügt nicht, die Schäden im Gewerbe hervorzuheben und darzutun, daß es von Jahr zu Jahr schlechter wird. Wir müssen selbst mit Hand anlegen und alle Kräfte einsetzen, um die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen. Hierfür steht nur ein Mittel zur Verfügung, und das ist

### die Stärkung der Organisation.

Je machtvoller der Verband, desto größer der Einfluß auf die Umgestaltung der Verhältnisse. Die kommenden Wochen und Monate werden uns vor große Aufgaben stellen. Trefft daher alle Vorbereitungen für eine durchgreifende Frühjahrsagitation! Sammelt Adressenmaterial und sorgt dafür, daß bei zunehmender Arbeitsmöglichkeit eine umfassende Werbung von Haus zu Haus und die notwendigen Werkstattversammlungen vorgenommen werden können! Laßt Euch durch das Geschrei abelwollender Elemente, denen politischer Stank alles, aufbauende Gewerkschaftsarbeit nichts ist, nicht davon abhalten, Eure Pflicht zu tun!

## Nur in der Geschlossenheit liegt unsere Stärke!

### Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

In überzeugender Weise haben wir im Maler Nr. 4 durch unsere graphischen Darstellungen vom Auf und Ab der Arbeitslosigkeit und der Konjunkturen in den Jahren 1926 bis 1929 den Nachweis erbracht, daß nichts so irrig ist wie die Auffassung, daß das Malergewerbe eine durch Witterungsverhältnisse bedingte, saisonmäßige Arbeitslosigkeit haben muß. Träfe diese Voraussetzung zu, so müßte der nun zu Ende gehende milde Winter für das Malergewerbe eine dem Vorjahre gegenüber glänzende Beschäftigungslage gebracht haben. Da aber das Gegenteil der Fall ist, dürfte damit wohl sehr eindeutig erwiesen sein, daß das Malergewerbe durch die Schwankungen der Konjunktur in der nationalen Wirtschaft sofort und unmittelbar in Mitleidenchaft gezogen wird und somit ebenfalls ein Konjunkturberuf schlechthin geworden ist.

Unsere Feststellungen über den Grad der Arbeitslosigkeit am Ende des Monats Januar lassen eine weitere Zunahme erkennen. Aus 170 Filialen mit 57 043 Mitgliedern wurden uns 26 945 männliche und 11 weibliche, insgesamt also 26 956 arbeitslose Mitglieder gemeldet. Das sind nicht weniger als 47,3 % unserer Mitgliedschaft überhaupt. Gegenüber dem Vormonat ist eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit um 3,1 % eingetreten. Wie unsere tabellarische Zusammenstellung zeigt, hatte uns selbst der beispiellos strenge Januar 1929 eine Arbeitslosigkeit von nur 41,8 % gebracht.

Die größte Arbeitslosigkeit besteht immer noch in Ostpreußen mit 59,4 %. Dann folgen Hessen, Bayern und Pommern. Am günstigsten liegen die Verhältnisse noch in Niedersachsen, obwohl auch hier die Arbeitslosigkeit 34,1 % beträgt.

Unsere Feststellungen über den Umfang der Kurzarbeit leiden immer noch darunter, daß die tariflich vereinbarte kürzere Winterarbeitszeit nicht allgemein als Kurzarbeit angegeben wird. Die Zahl der Kurzarbeiter muß bedeutend höher sein, als sie nach unserer Umfrage erscheint. Für 7036 Mitglieder wurde eine Verkürzung der wöchentlichen

Arbeitszeit um 1 bis 8 Stunden gemeldet, für 1026 eine solche um 9 bis 16 Stunden, für 341 Mitglieder um 17 bis 24 Stunden und für 49 um 25 und mehr Stunden. Insgesamt sind also 8 452 Mitglieder von Kurzarbeit betroffen worden.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallen arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Januar ..	161	170	53 291	57 043	22 270	26 956	41,8	47,3
Februar ..	170		54 552		26 412		48,4	
März ....	148		51 716		15 938		30,8	
April ....	154		53 380		8 001		14,9	
Mai ....	177		58 047		4 995		8,6	
Juni ....	157		50 523		5 540		11,0	
Juli ....	159		57 736		6 103		10,6	
August ...	152		55 255		7 188		13,0	
Sept. ....	154		57 078		7 561		13,2	
Oktober ..	162		58 103		9 342		17,6	
Nov. ....	165		58 243		16 846		28,9	
Dezember	161		58 529		23 669		44,2	

### Konjunkturbericht vom Monat November.

Auf unsere allmonatliche Umfrage nach dem Stande der Konjunktur im Malergewerbe erhielten wir aus 39 Filialen für 122 Betriebe mit 2255 Beschäftigten die Berichtsbogen zugesandt. Im Durchschnitt entfallen somit auf den Betrieb nur noch 18,5 Beschäftigte, nachdem im Dezember noch 27,4 und im November 33 Beschäftigte pro Betrieb gezählt werden konnten. In diesem Rückgang drückt sich die Verschlechterung der Beschäftigungslage klar aus.

Den Beschäftigungsgrad bezeichneten 1 Betrieb, gleich 0,8 %, mit 62 Beschäftigten, gleich 2,7 %, als sehr gut; 8 Betriebe, gleich 6,6 %, mit 380 Beschäftigten, gleich 16,9 %, als gut; 37 Betriebe, gleich 30,3 %, mit 909 Beschäftigten, gleich 40,3 %, als befriedigend, und 76 Betriebe, gleich 62,3 %

mit 904 Beschäftigten, gleich 40,1 %, als schlecht. Ueber den Konjunkturverlauf im letzten Jahre gibt die nachstehende Tabelle Aufschluß.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Beurteilungsdifferenz
	gut		befriedigend		schlecht		
	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	
1929 Januar ..	8,8	21,3	31,7	37,9	59,5	40,8	3,18
Februar ..	6,0	15,2	28,8	38,9	65,2	45,9	3,30
März ....	20,5	25,5	59,8	66,0	19,7	8,5	2,82
April ....	50,8	64,6	40,4	31,5	8,8	3,9	2,39
Mai ....	34,4	64,3	40,4	37,2	3,5	1,1	2,39
Juni ....	39,5	47,4	45,6	41,9	14,9	10,7	2,63
Juli ....	46,0	68,2	44,3	26,4	9,7	5,4	2,37
August ...	43,0	65,5	42,9	26,2	14,9	8,3	2,42
September	32,0	48,1	46,6	41,2	21,4	10,7	2,62
Oktober ..	28,2	46,3	39,3	31,8	32,5	21,9	2,75
November	18,7	30,2	45,3	53,4	36,0	16,4	2,86
Dezember ..	13,2	28,9	27,9	39,2	58,9	32,1	3,0
1930 Januar ...	7,4	19,6	30,3	40,3	62,3	40,1	3,2

Beachtlich für die Beurteilung der Konjunkturlage ist, daß 22,9 % der Ende Januar Beschäftigten Lehrlinge waren.

Die Zahl der Neueinstellungen weist gegenüber dem Dezember eine erhebliche Zunahme auf, denn während im Dezember von 33 Betrieben nur 258 Neueinstellungen vorgenommen wurden, waren es im Januar 435 in 54 Betrieben, das sind 19,3 % im Gegensatz zu den nur 8,9 % im Vormonat. Auch die Entlassungen waren bedeutend geringer. Von 57 Betrieben wurden 629 Kollegen, das sind 27,9 % der Beschäftigten, entlassen; im Vormonat waren es noch 974 in 97 Betrieben. Die Verminderung der Zahl der Entlassungen allein bietet allerdings keinen Maßstab für die Beurteilung der Konjunktur, da ja nach den reichlichen Entlassungen in den Vormonaten nicht mehr viel Beschäftigte in den Betrieben vorhanden waren und der alte Stamm tüchtiger Leute ja nach Möglichkeit auch bei schlechter Ge-

schäftsfrage durch Kurzarbeit über den Winter gehalten wird. Wohl aber läßt die starke Zunahme von Neueinstellungen darauf schließen, daß in einer Reihe der von unserer Umfrage erfaßten Betriebe bessere Beschäftigungsmöglichkeiten in Aussicht stehen. Diese Tatsache scheint im Widerspruch zu dem von uns festgestellten Konjunkturrückgang zu stehen; erklärt sich aber daraus, daß wir ja durch unsere Konjunkturalistik einen verhältnismäßig nur geringen Kreis von Betrieben erfaßten, und somit einzelne größere Betriebe das gesündere Ergebnis stark beeinflussen können.

Es dürfte aber doch wenig angebracht sein, sich angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der doch immerhin ziemlich undurchsichtigen Konjunkturaussichten in einem schrankenlosen Pessimismus zu bewegen und die Hoffnung auf die Wiederbelebung der Bautätigkeit, der Nährmutter des Malergewerbes, ganz aufzugeben. Der saisonübliche Rückgang der Bautätigkeit fiel im letzten Herbst zusammen mit einem Verfall der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur, und nahm nicht zuletzt aus diesem Grunde einen so gewaltigen Umfang an. Nun werden zwar für das neue Baujahr kaum Mittel für den Wohnungsbau in dem Ausmaße des Vorjahres zur Verfügung stehen. Man wird auch als sicher annehmen können, daß die öffentliche Hand, Staaten und Kommunen, ihre Ausgaben für den Wohnungsbau einschränken werden. Der tatsächliche Verlauf der Konjunktur im Baugewerbe und seinen Nebengewerben wird im wesentlichen bedingt sein von der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse. Auch die Kommunen werden nicht die Zurückhaltung üben können, da in der Mehrzahl die Verträge, Mittel für den Wohnungsbau möglichst gering in den Etat für 1930 einzufügen, auf den Widerstand der Kommunalvertretungen gestoßen sind. Nicht zuletzt ist es den in den Stadtparlamenten vorhandenen Arbeitervertretern zu danken, daß das Baugewerbe, als Schlüsselgewerbe, nicht lahmgelegt wird. Es ist immer besser, den Wohnungsbau zu fördern, als arbeitslose Bauarbeiter aller Art aus den Mitteln der Allgemeinheit zu unterhalten und ihre Arbeitskraft brachliegen zu lassen.

**Das Verhältnis zwischen Gehilfen und Lehrling.**

Das Thema ist nicht neu, es wurde auch im „Maler“ dazu schon des öfteren Stellung genommen. Und doch müssen wir uns wiederum mit dieser Frage beschäftigen, denn die Klagen der Jungkollegen und solcher Filialverwaltungen, die bestrebt sind, die Interessen der Lehrlinge zu wahren, nehmen kein Ende, daß ein Teil unserer Kollegen der Lehrlingsfrage nicht das genügende Verständnis entgegenbringt. Ja, es ist uns mehr wie einmal glaubhaft versichert worden, daß selbst in unserm Verband organisierte Kollegen ihren Söhnen, die auch den Malerberuf ergreifen, nicht gestatten, Mitglied in unserer Jugendabteilung zu werden. Ist Derartiges überhaupt denkbar? Solche Kollegen müssen doch das Wesen und den Zweck unserer Jugendabteilung völlig verkennen.

Ein Blick in die Satzung unserer Jugendabteilung, die den allgemeinen Verbandsatzungen angegliedert ist, könnte dabei jedem Kollegen überzeugen, daß es im Interesse des einzelnen Kollegen und der Gesamtorganisation liegt, wenn der Jungkollege möglichst frühzeitig der Abteilung als Mitglied beigetreten wird. Für die gesamte Organisation kann es nur von Vorteil sein, wenn die Jungkollegen sofort nach Eintritt in die Lehre in die Jugendabteilung aufgenommen werden, denn man braucht sie dann nicht erst als Gehilfen für die Organisation zu gewinnen, was unserer Wertetätigkeit zugute kommt, sie werden aber auch das Wichtigste, was den guten Gewerkschafter auszeichnet, schon in sich aufgenommen haben, nämlich: das Verständnis für die unabdingbare Pflicht zur Solidarität. Ein Jungkollege, der schon in der Jugendabteilung die Grund-

begriffe gewerkschaftlicher Betätigung kennenlernte und mit dem Ziel und Wesen der Gewerkschaftsbewegung vertraut gemacht worden ist, wird in der Regel aus der Zahl der neugewonnenen Mitglieder angenehm hervorstechen und als ein vorbildliches Mitglied gelten können. Da die Komplexität des menschlichen Lebens zunimmt und immer schnellere Fortschritte macht, die Gewerkschaften davon aber nicht ausgeschlossen sind, so daß ihre Aufgaben immer größer werden, haben die Organisationen alle Veranlassung, die Jugend möglichst früh zu erlassen, um sie für ihre Arbeit und die Bezwingung reif zu machen. Die Gesamtorganisation aber setzt sich aus den einzelnen Mitgliedern zusammen, so daß auch sie an der frühzeitigen gewerkschaftlichen Erziehung des Nachwuchses interessiert sind.

Neben der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit wird der fachlichen Weiterbildung unserer Jungkollegen vom Verband das größte Augenmerk geschenkt. Auch dieses geschieht zum Vorteil der Gesamtorganisation wie des einzelnen Kollegen, selbstverständlich auch zum Vorteil des ganzen Gewerbes. Die Erfahrung zeigt uns jeden Tag aufs neue, daß wenig fachlich leistungsfähige Kollegen die ersten sind, die zu Lohndrückern werden, weil sie kein Vertrauen zu sich selbst haben können und nun oft versuchen, auf krummen Wegen zu einer festen Position zu kommen. Selbstverständlich spielen dabei auch die Veranlassung und die sittlichen Kräfte im Menschen eine Rolle, warum die Jugendabteilung auch mit dazu dienen soll, charakterfeste Menschen heranzubilden, die in jeder Lebenslage dessen eingedenk bleiben, daß sie Glieder der Arbeiterklasse sind. Die Kollegen sollten anstatt dem Lehrling im Wege zu sein und ihn von der Organisation abzuhalten, selbst mit bestrebt sein, die Organisation lückenlos auszubauen. Sie können es in ganz erheblichem Maße, weil sie ja sehr oft, manchmal täglich mit dem Jungkollegen zusammenkommen und die Möglichkeit haben, auf diesen einzuwirken. Niemand hat das Recht über die vielen unorganisierten Malergehilfen zu schimpfen, wenn er nicht selbst alles tut, um den Zustand zu bessern. Dazu gehört aber, daß auch der Berufsnachwuchs der Organisation zugeführt wird, denn die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, daß, wenn der Jungkollege Mitglied der Jugendabteilung war, er auch als Vollmitglied dem Verbands die Treue hält. Besser wird es nicht dadurch, daß man nörgelt, weil noch nicht alles geschehen ist, sondern wenn man tatkräftig Hand mit anlegt, um die Verhältnisse günstiger zu gestalten. Und irgendwo und -wie kann sich jeder Kollege nützlich machen. Das trifft besonders auf dem Gebiet der Jugendarbeit zu. Die Jungkollegen sind im allgemeinen sehr dankbar dafür, wenn sie sehen, daß sie am Gehilfen eine Stütze haben, dieser sich um ihre fachliche Ausbildung bemüht und ihre Interessen auch dem Arbeitgeber gegenüber wahrnimmt. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Die Kollegen dürfen nie außer acht lassen, daß die Lehrlinge in nicht ferner Zeit Gehilfen werden und es uns wesentlich darauf ankommen muß, in ihnen wirkliche Mitstreiter für unsere Aufgaben zu finden.

Die Auffassung, daß, weil die Alten noch nicht in ihrer Jugend organisiert waren, es jetzt ebenfalls nicht notwendig ist, geht völlig daneben; ein Kollege, der sie vertritt, verrät damit nur, daß er nicht mit der neuen Zeit Schritt zu halten verstand. Unsere wirtschaftlichen Gegner haben die Zeichen der Zeit besser verstanden, sie bemühen sich mehr denn je darum, die Jungkollegen unserm Einflusse zu entziehen. Sollte das nicht für uns ein Ansporn sein, auch unserer alle Kräfte anzuspannen, damit das bisher gut gelungene Werk, die Zusammenfassung aller Jungkollegen in unserer Jugendabteilung, weitere Fortschritte macht? Die den Filialen jetzt zugegangene Broschüre „Zehn Jahre Malerjugend“, umreißt die Entwicklung der Abteilung in wenigen kurzen Strichen, sie zeigt, daß es möglich war, auch auf diesem Gebiete vorwärtszuschreiten. Jeder Kollege muß es sich zur Pflicht machen, mit daran zu arbeiten,

daß ein weiterer Auf- und Ausbau der Abteilung erfolgt, was in ihrem eigenen, im Interesse unserer Organisation und der gesamten Arbeiterbewegung liegt.

**Die gewerkschaftlichen Erfolge — unsere Werbemittel!**

Eines der eindringlichsten Merkmale des öffentlichen Lebens ist die Reklame. Reklame, Reklame wohin man blickt. Die im Ueberfluß vorhandenen Waren streifen nach Absatz. Der König Kunde steht im Mittelpunkt. Um ihn wird mit allen Mitteln der Technik geworben. Leben wir gar in einer Wahlzeit, so rücken die politischen Parteien an und preisen ihre Programme, heben ihre Tätigkeit über Gebühr hervor. Von Bismarck soll der Spruch stammen, daß nie mehr gelogen wird als vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd. Daß während des Krieges ganze Völker systematisch beschwindelt wurden, haben wir zu unserm eigenen Leidwesen erfahren. Daß die Lüge zum Prinzip erhoben werden kann, haben die Kommunalwahlen im November 1929 ebenfalls bewiesen.

Wenn wir also feststellen können, daß um den Kunden und um den Wähler mit allen Mitteln geworben wird, so vermissen wir aber doch eine systematische Werbung für die größten Massenorganisationen, die Gewerkschaften. Und doch brauchen sich die Gewerkschaften mit ihren Erfolgen wirklich nicht zu verstecken. Blicken wir zurück in die Vorkriegszeit, so galten als Werbemittel für die Gewerkschaftsbewegung vor allem: die Verbandszeitung, Flugblätter, Versammlungen und die Agitation von Mund zu Mund. Daneben waren noch Lohnbewegungen ein wichtiges Anziehungsmittel für die Unorganisierten, zumal wenn sich diese in einem gewissen dramatischen Rahmen: Verwicklung mit der Polizei, Straßenaufläufe, Verhaftungen, Verbot des Streikpostens usw., abspielten. Früher wurden Erfolge bei Lohnbewegungen wesentlich mehr geachtet als heute. Wenn vor 25 Jahren eine Lohnbewegung mit einem Erfolge von 1 bis 2 Pfennigen pro Stunde abgeschlossen wurde, so wurde dieser Sieg gewaltig gefeiert. Heute sind bei vielen selbst 5 % Lohnerböhung nicht des Aufhebens wert. Ein sehr wichtiges Anziehungsmittel waren vor dem Kriege die sozialen Unterstützungen der Gewerkschaften. Da an eine staatliche Arbeitslosenunterstützung nicht gedacht wurde, sondern diese höchstens als Ziel in weiter Ferne schwebte, bildeten die gewerkschaftlichen Unterstützungen die einzige Stütze bei einer eingetretenen Beschäftigungslosigkeit. Die Unorganisierten mußten so schnell wie möglich wieder Unterkommen zu finden suchen. Heute haben wir eine staatliche Unterstützung, wir haben einen weitgehenden Schutz durch sozialpolitische Gesetze, die Arbeiterversicherung ist weiter ausgebaut, und die gewerkschaftlichen Unterstützungen haben nicht mehr die Bedeutung wie ehemals. Eine nicht unwesentliche Unterstützungsart ist die Invalidenunterstützung, weil diese die Arbeiter fesselt und neue Mitglieder anzuziehen vermag. Alle Gewerkschaften, die die Invalidenunterstützung eingeführt haben, können nur Gutes davon berichten. Aber im großen und ganzen stehen wir mit unsern Werbemitteln nicht viel besser da als in der Vorkriegszeit. Auch heute noch spielen Flugblätter, Versammlungen und die Agitation von Mund zu Mund die größte Rolle. Die Hausagitation, die ehemals sehr wirksam war, dürfte fast ganz außer Mode gekommen zu sein, gesellige Veranstaltungen ebenfalls. Und doch sind die Arten der Werbung verbessert worden. Der Lichtbildapparat, der Film sind bereits in den Dienst der gewerkschaftlichen Agitation gestellt worden. Aber damit dürfte es sein Bewenden haben. Von den wirkungsvollen Reklamemitteln, deren sich die große Geschäftswelt bedient, ist bei den Gewerkschaften noch wenig oder gar nichts zu merken. Und doch müßte einmal gründlich überlegt werden, ob wir nicht mit unsern Erfolgen mehr und mehr an die breite Öffent-

**Zum Gedächtnis Friedrich Eberts.**

Am 28. Februar dieses Jahres jährt sich zum fünften Male der Tag, an dem der erste deutsche Reichspräsident, Friedrich Ebert, nach einem arbeitsreichen Leben und einer fünfjährigen Amtstätigkeit die Augen für immer schließen mußte. Unser Gedanke gilt heute dem obersten Staatsmann der ersten deutschen Republik, dem unermüdbaren Propagandisten und Förderer der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Friedrich Ebert wurde am 4. Februar 1871, wenige Wochen nach der Kaiserproklamation, als Sohn eines einfachen Handwerkers in Heideberg geboren. Seine Jugendzeit verlebte wie die eines jeden Arbeiterjungen. Nach dem Besuch der Volksschule, die ihn mit der „dürftigen geistigen Volksküchenkost“ speiste, wie mit Recht Paul Kampffmeyer, der verdienstvolle Biograph Friedrich Eberts, anmerkt, erlernte er beim Meister Schmidt das Sattlerhandwerk, und bald wurde man in der heimstädtischen Gewerkschaft auf seine ungewöhnliche intellektuelle Begabung aufmerksam. Mit einem hellhörigen Blick für alle Erscheinungen des menschlichen Lebens ausgezeichnet, diesen Erscheinungen in ihrer Bedingtheit und Gesetzmäßigkeit erst der Grund zu geben, sie zu beurteilen und nach Möglichkeit zu verändern, war schon dem Knaben und Jüngling ein unruhiges Bedürfnis.

Nach Beendigung seiner Lehrzeit ging er auf die Wanderschaft; doch schon Mannheim hielt den jungen Ebert fest. Hier hatte Oresbach vor langer Zeit das „Fachsich-Völkische Volksblatt“ gegründet, und die junge, aufstrebende Industriebedürftigkeit konnte schon auf eine gelebte, weitverbreitete Arbeiterbewegung stolz sein. Ein Schüler der sozialdemokratischen Bewegung, die noch ganz in einem Selbstbewußtsein wurzelte, Marxisten vom Schlage der ersten Zeit gab es wenig; es galt, vornehmlich den Staat, der immer nur ein Herrschaftsinstrument der bestehenden Klasse gewesen ist, für die Arbeiterschaft zu erobern, ein Bewußtsein zu schaffen, das Ebert bis in seine Präsidentenzeit treu geblieben ist und das uns noch heute Ansporn und Aufgabe sein mag.

Man schrieb das Jahr 1889, das vorletzte des Sozialistengesetzes. Ueberall glühte es unterirdisch, die Hände ballten sich. Um dem Säbel Bismarckscher Schussleute zu entgehen, gründete man Fachvereine, Fachvereine der Tischler, Sattler, Zimmerer, und gab diesen rein beruflich-geellig erscheinenden Vereinigungen Charakter und Bedeutung einer ersten gewerkschaftlichen Organisation. Ebert schloß sich sofort der Fachvereinigung der Sattler an und wurde noch im selben Jahr Schriftführer der eben gegründeten hannoverschen Zahlstelle; 18jährig! In den Nachstunden arbeitete er unermüdblich an seiner Fortbildung und verschlang mit heißem Gesicht jene verbotene sozialistische Literatur, die Julius Mostler, der „rote Postmeister“, aus England und aus der Schweiz nach Deutschland brachte. Vom „Kommunistischen Manifest“ über die Aufgaben des Proletariats belehrt und begeistert davon, wirkte er unermüdblich, ertrug trostigen Herzens alle Maßregelungen, mußte aber, da ihm jegliche wirtschaftliche Existenz unmöglich gemacht wurde, 1890 Hannover verlassen.

Es folgten dann die unerbittlichsten Kämpfe, laufende Maßregelungen, Entlassungen, aber auch Erfolge. Das Jahr 1890 zählte schon 1 427 298 sozialistische Reichstagswähler, hingegen nur 200 000 Mitglieder der Gewerkschaften. Da gab es für Ebert noch viel zu tun. In Kassel Gründer der Sattlerzahlstelle, dann ihr Vorsitzender, in Bochum erster verprügelter Helfer der Dezembernachwahl. In Bremen dann, das seine zweite Heimat werden sollte, Kartellvorsitzender, Förderer der Konsumbewegung, Gründer einer Bäckereigenossenschaft, Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“, Stadtverordneter und langjähriger Arbeitsersekretär.

Im Gegensatz zu Bebel, der noch auf dem Kölner Parteitag 1893 kurzschäftigen Blickes die Aufgaben der Gewerkschaften durch die „Gesetzgebung auf dem Gebiet der Gewerbeordnung“ beschnitten glaubte, hat Ebert unerlässlich den Gedanken der Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller Arbeiter propagiert, fundamentiert, vertieft, das organisatorische Gerüst geschaffen, wofür ihm über das Grab hinaus gedankt werden

muß. Die Jahre hindurch galt sein Bemühen, der Arbeiterschaft Schutz, Raum, Brot zu schaffen. Die Aufgabe der Gewerkschaften lag ihm auf dem Gebiet der sozialen Praxis; sie waren ihm ein Schutzverband gegen das Kapital, ein Machtfaktor der Arbeitenden.

So wurde er als Sozialpraktiker Führer sozialdemokratischer Politik. Nach fünfjähriger Tätigkeit im Bremer Arbeitsersekretariat vom Parteitag in den Parteivorstand gewählt, war ihm die Bremer Zeit die beste Schulung und befähigte ihn wie keinen zweiten, später als oberster Beamter dem Deutschen Reich vorzustehen.

Im Jahre 1908 wurde in Verbindung mit der Generalkonferenz der Gewerkschaften, den Vertretern der Jugend und der Sozialdemokratischen Partei die „Zentrale für die arbeitende Jugend“ gegründet, die im letzten Vorkriegsjahre nahezu 800 Jugendausschüsse mit mehr als 100 000 Lesern der „Arbeiterjugend“ zusammenfaßte. Der Vorsitz lag in den Händen Friedrich Eberts. Jahrelang war er der Schirmherr der proletarischen Jugend, kein verknöchertes Wohlfahrtsbeamter, kein losartiger Behälter, ein Mensch mit großem Herzen und verständnisvollem Einblick in die Seele der Jugend.

Von der Arbeiterschaft Eberfeld-Barmens 1912 in den Reichstag gewählt, war Ebert bis zu seiner Präsidentschaftswahl einer der maßgebendsten Führer der sozialdemokratischen Reichstagspolitik. Noch im Juli 1914 im Auftrag des Parteivorstandes die große Demonstration gegen den Krieg organisierend, sehen wir ihn als einen der eifrigsten Förderer des Friedens.

Auf der sozialistischen Konferenz zu Stockholm 1917 sollte mittels der neutralen Sozialisten eine Verständigung mit den kriegsführenden Völkern ermöglicht werden, die jedoch durch die vom Holländer van Kol im Augenblick völlig deplacierte Aufrollung der Kriegschuldfrage zu einem Fiasko wurde. Der Krieg ging weiter. Die Umwälzung in Rußland 1917 war der zweite gegebene Anknüpfungspunkt, diesmal die Reichsregierung zur Friedensbereitschaft zu veranlassen. Eine von David und Schiedemann verfaßte Denkschrift der Sozialdemokratie war die gegebene Diskussion. Die Bemühungen wurden auf das Schärfste von der Obersten Sekretariatleitung bekämpft, bis der

lichkeit treten sollten. Das letzte Jahr fünf gehört zweifellos zu denjenigen Perioden, wo die Gewerkschaften die größten Erfolge zu verzeichnen hatten. Wenn wir allein die Lohnentwicklung ins Blickfeld der Betrachtungen ziehen, so kann man mit Fug und Recht behaupten, daß hier die deutschen Gewerkschaften Großes geleistet haben. Die Löhne haben sich im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten von 1924 bis 1929 folgendermaßen entwickelt:

Table with 4 columns: Year, Tarifrätige Stundenlöhne in Pfennig, Ungelernte, Gelernte, Lebenshaltungskosten. Rows for years 1924-1929 and percentage increase.

Bei den obigen Ziffern handelt es sich um die tarifmäßigen Löhne, wie sie amtlich ermittelt wurden. Die wirklichen Verdienste gehen bekanntlich durch die Akkordlöhne und sonstigen Zuschläge darüber hinaus. Trotz alledem lassen auch obige Ziffern erkennen, daß die Steigerung der Löhne die Steigerung der Lebenshaltungskosten übertrifft hat. Der Lohn des gelernten Arbeiters zeigt eine Steigerung von 56,3 %, der des ungelerten um 63,9 %.

Nun kommt es auf die Werbungs methoden an. Wenn wir auch nicht befürworten wollen, daß die alten Werbungs mittel, wie Flugblätter, Versammlungen, Agitation im Betrieb usw., weggelassen sollen, so wurde aber bereits oben gesagt, daß sie an Wirksamkeit verloren haben. Bei der ungeheuren Flut von bedrucktem Papier, das auf jeden Kulturmenschen heute herniederbegeht, finden Flugblätter eine gewöhnlicher Art kaum noch Beachtung.

Bei einer weiteren Aufbarmachung von Werbungs methoden wäre vielleicht die Lichtreklame in Erwägung zu ziehen. In einer sichtbaren Stelle, an den Brennpunkten des Verkehrs in den Großstädten, müßte im Aufschritt jedem Vorübergehenden gezeigt werden, was die Gewerkschaften geleistet haben. Wir versprechen uns von dieser Methode immerhin etwas. Warum sollen die Hunderttausende, die täglich an großen Plätzen neben den Eigenheiten des Perils oder einer Zigarettensmarke nicht auch einmal lesen, was die Massenorganisation der Arbeiter leisten konnte und was sie mehr leisten würde, wenn nicht

Oktober 1918 durch die von Ebert bei seinen Freunden ersehnte, von der Regierung erbetene Mitbeteiligung an der Sozialdemokratie an der Regierung eine Veränderung der Staatspolitik Deutschlands herbeiführte. Am 8. November wurde Ebert Reichskanzler, Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten, am 11. Februar 1919, in der Sitzung der Nationalversammlung, zum ersten Reichspräsidenten der deutschen Republik gewählt, deren (Weimarer) Verfassung er im August 1919 Treue und Achtung schwören mußte. Während seiner fünfjährigen Präsidentschaft, als „Vertreter des ganzen Volkes, nicht einer Partei“, ist Ebert viel berechtigte und unberechtigte Anfeindungen, Verleumdungen ertragen müssen, die er auch mit beispielhafter innerer Charakterfestigkeit ertrug. In rastloser Arbeit half er Deutschland wieder in den Sattel setzen, beehrte es vor allen Anschlägen der Feinde der jungen Republik. Erst der aus dem Hinterhalt schmächtig lancierte Verleumdungsprozeß 1925 erschütterte ihn und verlimmerte ein altes Gallenleiden derart, daß er am 28. Februar des gleichen Jahres an den Folgen einer Operation verstarb, geachtet und geehrt vom In- und Ausland, betrauert von Millionen deutscher Arbeiter.

Arbeit war sein Leben. Das zweibändige, von seinem Sohn herausgegebene und von Paul Kampffmeyer mit einer umfangreichen Biographie versehene Werk (Karl Reifner, Dresden) gibt uns einen Einblick in die Werkstatt dieses stolzen Geistes — Briefe, Aufzeichnungen und Reden. Immer spricht er von Fleiß, Ausdauer, Tüchtigkeit, Tatkraft. All diese Tugenden besaß er, das empfand das deutsche Volk, als es ihm im Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu seinem obersten Führer wählte. Wenn das Deutschland, das in seinem Herzen wohnte, konnte nur durch Arbeit, Recht und Freiheit aufgebaut werden. Dafür lebte und wirkte er, bis er heimgehen mußte. Er war ein Sohn des Volkes und blieb es immer. Sein Lebenswille, seine ungeheure Tatkraft, sein Deutschtum mußten uns Vorbild sein. Wir sollten ihm nachzueifern in innerer Treue. Er arbeitete sich zu Tode; wir sollen nur das Mögliche tun. Er hatte die politische Demokratie geschaffen; das war der erste Stein. Die soziale zu schaffen, das ist unser Werk! W. G. O.

40 % der Arbeiter, sondern 75 % dieser organisiert wären? Das Lichtbild, das Kino, das Radio und andere die Massen beeinflussende Werbungs mittel sind noch sehr steigerungsfähig. Wie dies im einzelnen zu machen ist, dürfte sich von Fall zu Fall ergeben. Die Kosten eines solchen großzügig angelegten Werbefeldzuges dürften nicht ins Gewicht fallen. Bei einer Gesamteinnahme der Gewerkschaften des ADGB von rund 20 Millionen Mark spielen 5 Millionen für großartige Lichtreklame keine Rolle. Man muß sich nur erst einmal loslösen von dem alten Herkommen, in dem wir noch mehr oder weniger alle leben.

In den Augen vieler Hand- und Kopfarbeiter sind die Gewerkschaften nüchtere und schwunglose Gebilde. Jeder Kenner weiß, daß dies nicht zutrifft. Sie sind im Gegenteil Körperschaften, die das wichtigste eines jeden Menschen, seine soziale Lage, wirksam zu verbessern versuchen. Deshalb muß jeder Versuch gemacht werden, um auch den letzten Arbeiter wiederum von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Wir glauben, daß es Mittel und Wege genug gibt, diesem Ziele näherzukommen. Aus diesem Grunde sollte die Art der gewerkschaftlichen Werbung einmal herausgestellt werden.

Der unsichtbare Arbeitslohn.

Unser Arbeitslohn durchwandert den Haushalt. Er kommt ein, und sein Zweck ist, ausgegeben zu werden. Dabei ist die Art der Ausgabe recht verschieden. Der bei weitem größte Teil, ja, meist sogar der ganze Lohn wird zur Befriedigung materieller und kultureller Bedürfnisse verwandt. Hierzu gehören die Ausgaben für Wohnen, Leben, Kleiden, Bildungsweisen usw., während eventuelle Spargelder unter Verzicht auf augenblicklichen Genuß an einem späteren Zeitpunkt die Funktionen erfüllen sollen, die eine sofort getätigte Lohnausgabe im Augenblick ermöglicht. Dieser ganze Aufwand wird aus den Mitteln des Unternehmers als Lohn ausgehändigt werden. Neben diesen Ausgaben, die der Arbeitnehmer selbst vornimmt, werden zu dem Zweck, nämlich Lebensbedürfnisse zu befriedigen, noch von andern Stellen Mittel für ihn aufgewandt. Diese andern Stellen sind die öffentlichen Körperschaften, Kommunen, Kommunalverwaltungen, Länder und Reich. Soweit die von jenen Kollektivgebilden verausgabten Summen für den Arbeitnehmer ausgegeben werden, stellen sie den „unsichtbaren Arbeitslohn“ dar, dessen Wesen und Höhe uns hier beschäftigen soll.

Bestimmte Teile des Volkseinkommens für kollektive Zwecke zu verwenden, ist allen Kulturstaaten eigen, ja, diese Tatsache macht sie erst zu solchen. Die Höhe dieser Ausgaben ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht darüber eingehende Erhebungen. Darin ist dargestellt, wie hoch die Verwaltungskosten je Kopf der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Deutschland, Schweden, Belgien und Polen sind. Die Ausgaben für Heer, Flotte, Kriegsschuldendienst und koloniale Betätigung, kurz alles, was dem Zweck der Landesverteidigung dient, ist in den unten aufgeführten Ziffern nicht enthalten. In England, Schweden, Belgien und Polen kommen nur der Staat, die Kommunen und die Kommunalverbände in Frage, in Deutschland und Amerika daneben noch die Gliedstaaten. (Für Deutschland beispielsweise Preußen, Bayern, Sachsen usw.) Von all diesen öffentlichen Körperschaften wurden im Jahre 1925 pro Kopf der Bevölkerung folgende Summen den Etats zugeführt und dann verausgabt:

Table with 5 columns: Land, Reich (Staat), Gliedstaaten, Kommunen u. Kommunalverb., insgesamt. Rows for Vereinigte Staaten, England, Schweden, Deutschland, Belgien, Polen.

Auffallend sind die großen Unterschiede, differieren doch die Verwaltungskosten pro Kopf der Bevölkerung zwischen Amerika und Polen um mehr als 600 Prozent. Hier spiegelt sich der Nationalreichtum der betreffenden Staaten getreu wider. An erster Stelle steht Amerika mit 303,40 M., dem erst in weitem Abstande England mit 244,50 M. und dann Schweden mit 205,40 M. folgt. Deutschland steht mit 180,40 M. erst an vierter Stelle. Nur in Belgien und Polen sind die entsprechenden Summen noch geringer als bei uns, allerdings ist auch hier der Unterschied recht beträchtlich, da Polen mit 48,70 M. noch weniger als ein Drittel soviel pro Staatsbürger aufwendet wie Deutschland.

An Hand oben dargestellter Statistik ergibt sich, daß das vom deutschen Unternehmertum bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten vorgebrachte Schlagwort, die öffentliche Hand lauge zuviel Mittel aus der Wirtschaft, eine ganz haltlose Behauptung ist. Gerade diesen Kreisen, die in ihrer Propaganda stets betonen, nur noch in dem freien Amerika sei die privatwirtschaftliche Betätigung vor dem Eingriffrecht des Staates bewahrt, sollte die Tatsache, daß Amerikas öffentliche Körperschaften zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse 68 % mehr gebrauchen als Deutschland, zu denken geben. Wäre es richtig, daß die Höhe der Verwaltungskosten einen Gradmesser dafür bildet, wie weit die „kalte Sozialisierung“ schon gediehen sei, dann müßte drüben schon halber Sozialismus herrschen. Daß das nicht der Fall ist, braucht kaum noch bewiesen zu werden, aber damit bricht auch die Unternehmertheorie von der kalten Sozialisierung in sich zusammen.

Interessant ist weiter der verhältnismäßig hohe Anteil der Kommunen und Gemeindeverbände an der Aufbringung und Aufwendung der Gelder für kollektive Zwecke. Er beträgt in Deutschland 52,1 %, in den Vereinigten Staaten 72,7 %, in England 79,8 %, in Schweden 63,1 %, in Belgien 71,2 % und in Polen 30,7 % des Gesamtaufwandes pro Kopf der Bevölkerung. Hieraus geht erneut hervor, wie bedeutungsvoll der Einfluß der Ar-

beitnehmerschaft auf die Kommunalpolitik ist. Aus Anlaß der erst kürzlich in Deutschland getätigten Kommunalwahlen haben deshalb die Organe der freien Gewerkschaften mit Recht diesem Problem eingehende Betrachtungen gewidmet. Was da für Deutschland und die deutsche Arbeiternehmerschaft gesagt wurde, gilt, wie wir gesehen haben, grundsätzlich für alle Staaten, in denen die Arbeiterschaft am öffentlichen Leben gestaltend mitwirken kann.

Welcher Art nun sind die Aufwendungen, die zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse gemacht werden? Die liberale Staats- und Wirtschaftstheorie weist dem Staate nur die Aufgabe zu, das Leben und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Lassalle verglich die Rolle, die der Staat hierbei zu spielen habe, mit der Betätigung eines Nachwächters und kämpfte gegen diese Auffassung mit der ganzen Wucht seines Wissens und seiner Persönlichkeit an. Er wies dem Staate als höchsten Zweck die Aufgabe zu, Kollektivbedürfnisse zu wecken und zu befriedigen, um so eine Summe von Glück und Wohlstand zu schaffen, wie es dem einzelnen nie möglich wäre. In ähnlichen Bahnen bewegt sich auch heute die Praxis kommunaler und staatlicher Betätigung, wenn auch jener Idealzustand, von dem Lassalle sprach, heute kaum mehr ist als ein erstrebenswertes Ziel.

Das wichtigste Kollektivbedürfnis ist die Volksbildung. Die Unkosten dafür (Lehrerbefoldung, Schaffung und Unterhaltung der Schulgebäude usw.) werden von Staat und Gemeinden aufgebracht. Sie stellen insofern einen Teil des unsichtbaren Arbeitslohnes dar, als dadurch den Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten die Kosten für die erste Ausbildung ihrer Kinder abgenommen werden. Für diese Zwecke wurden in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung von Staat und Gemeinde 19,49 M. aufgewandt.

Verhältnismäßig große Ausgaben erfordert der Sozialaufwand, den Staat und Kommunen zu leisten haben. Hierher gehören die Unterstufungen der allgemeinen Fürsorge an in Not geratene Personen, ferner die Ausgaben für Klein- und Sozialrentner, für Kriegsbekindete und Kriegserhinterbliebene, des weiteren für hilfsbedürftige Minderjährige, nicht versicherte Wöchnerinnen und das ganze Gebiet der Flüchtlingsfürsorge. Außerdem fällt unter diese Kategorie von Ausgaben die Jugendwohlfahrtspflege, also Jugendhilfe, Pflegekindererziehung, Vormundschaft, Jugendgerichtshilfe und Fürsorgeerziehung. Die Erwerbslosenfürsorge ist jetzt durch Versicherung gewährleistet, nur zur Krisenfürsorge wird ein Bruchteil beigefeuert. Für all diese sozialen Maßnahmen wurden im Deutschen Reiche pro Kopf der Bevölkerung 18,02 M. aufgewandt. Auch hier sehen wir wieder den Grundfaß bestätigt, daß es Pflicht der Allgemeinheit ist, die hilfsbedürftigsten Glieder der Gesellschaft zu unterstützen.

Für den Wegebau betragen die Ausgaben je Kopf der Bevölkerung im Reich 2,50 M., bei den Ländern 1,56 M., während Gemeinden und Gemeindeverbände 8,98 M. hinzusteuerten. In den Hansestädten, wo sich der kommunale Begriff mit dem staatlichen deckt, wurden für diese Zwecke pro Einwohner 22,42 M. verausgabt. Gute Transportwege wirken fruchtverbilligend und ermöglichen dadurch niedrigere Preise, an denen der Arbeiter ebenso stark interessiert ist wie an hohen Löhnen, denn der Warenpreis bestimmt deren Kaufkraft. Über dieser Kollektivaufwand wirkt sogar bis zur Arbeitszeitgestaltung. Gute Transportmöglichkeiten verkürzen die Zeit, die der Arbeiter gezwungen ist, seiner Familie fern zu sein, um seiner Arbeit nachgehen zu können.

Mit dem, was hier angegeben worden ist, erschöpft sich das Gebiet keinesfalls. Es sollte nur an Beispielen gezeigt werden, wie vielfältig die Auswirkungen der öffentlichen Finanzgebarung auf das Arbeitslohn sind. Auch all diesen Fragen das erforderliche Interesse zuzuwenden und in der Verwendung der oben angegebenen Summen die Entscheidungen so zu beeinflussen, daß der Arbeiterschaft auch über den Umweg des unsichtbaren Arbeitslohnes geholfen wird, ist eine Aufgabe ihrer Interessvertretung. F. W.

Auf diesem Wege weiter, dann kommen wir ans Ziel.

Von einer großen Anzahl der Teilnehmer an den Funktionärkursen des Verbandes sind uns Berichte zugegangen, in denen die Kurse einer eingehenden Würdigung unterzogen werden. Es ist selbstverständlich nicht möglich, all diese Berichte zum Ausdruck zu bringen. Dies wäre aber auch gar nicht notwendig, da die Eindrücke mit einer einzigen Ausnahme gleich günstig gewesen sind und in allen Berichten der große Wert der Kurse hervorgehoben wird. Wenn hier und da einmal Kritik angebracht wurde, dann bezog sich diese auf die zu kurze Dauer. Im übrigen herrscht über die Kurse eine einheitlich gute Meinung.

Wir geben heute dem Teilnehmer aus Plauen das Wort und werden in einer der nächsten Nummern des „Maler“ abschließend zu den Funktionärkursen Stellung nehmen:

„In Ausführung des Beschlusses der Stuttgarter Generalversammlung, unsere ehrenamtlich tätigen Funktionäre in Kursen für die ihnen obliegenden Funktionen zu schulen, veranstaltete der Hauptvorstand auch einen solchen für den fünften Bezirk. Vom 20. bis 22. Januar sollte dieser Kursus im „Naturfreundehaus Friedrichsroda“ stattfinden. Um seine Schüler zu gleicher Zeit dort zusammenzubringen, gab unser Bezirksleiter Kollege Vogt einen Marschbefehl unter gleichzeitiger Benennung sämtlicher Teilnehmer heraus. Freudigen Herzens machte ich mich am Sonntag, 19. Januar, auf die Socken, um das schöne Thüringen mit dem Dampfzug zu durchqueren. Auf allen Stationen wurde fleißig Ausschau gehalten, um ja keinen der zum Teil sehr gut bekannten Kollegen in ein anderes Abteil steigen zu lassen. Mit Dormüllers Gnaden gelangten wir auch zur festgesetzten Zeit an unsern Sammelpunkt „Hauptbahnhof Gotha“ an. Nach einer kurzen Rast im Volkshaus, während der auch die Kollegen Bach und Mehrens vom Hauptvorstand eintrafen, ging es mit der Funkenkutsche unsern Ziele zu, wo wir uns drei Tage

mit ernster Arbeit im Allgemeininteresse unserer Berufskollegen, beschäftigen sollten.

Als Themen waren für die Vorträge gewählt: erstens „Unser Verband im Wandel der Zeiten“, zweitens „Verfassung und Aufbau des Verbandes“, drittens „Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Maler- und Lackierergewerbe“, viertens „Entstehung und Bedeutung unserer Verbandszeitschriften“, fünftens „Organisation, Agitation und Verwaltung“.

Für die Vorträge eins bis vier waren uns die Kollegen Böh und Mehrens vom Hauptvorstand als Referenten gestellt worden, während der Kollege Vogt über den letzten Punkt vorzutragen mußte, mit uns ins reine zu kommen. Bei allen fünf Vorträgen gelang es den Referenten glänzend, die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf sich und das vortragende Material zu lenken. Zu begrüßen ist es vor allem, daß der ganze Kursus als Arbeitsgemeinschaft aufgejogen und meiner Ansicht nach so eine bessere Ausnutzung der Zeit bei ungezwungener Aussprache erzielt wurde.

Auch die Wahl der Themen war glücklich getroffen. Zeigte es sich doch, daß selbst langjährige Funktionäre mit der ihnen obliegenden Tätigkeit manches Mal noch nicht ganz vertraut waren, so daß während der Vorträge sich des öfteren eine ziemlich rege Debatte entspann. Aus diesem Grunde schlage ich vor, daß unser Hauptvorstand in dieser Weise seine Tätigkeit fortsetzen möge, damit ein Stamm Kollegen herangebildet wird, der jederzeit in der Lage ist, die Geschäfte einer Filiale oder Zahlstelle zu übernehmen. Nur auf diese Weise können bei einem Wechsel in der Geschäftsführung Rückschläge unterbunden werden. Auf die einzelnen Vorträge hier weiter einzugehen, halte ich nicht für angebracht. Zusammengefaßt kann jedenfalls behauptet werden, daß der Beschluß der Stuttgarter Generalversammlung, in der angefangenen Art weitergeführt, sich unbedingt zum Nutzen der einzelnen Kollegen sowie der Gesamtorganisation auswirken muß. Das sprach ja auch der Kollege Böh in seinen Schlussworten aus. Gleichzeitig stellte er fest, daß er mit dem Verlauf des Kursus sehr zufrieden sei und dankte den Teilnehmern für die Aufmerksamkeit und das Interesse, das sie während der drei Tage gezeigt haben.

Da uns am Tage, außer der Mittagspause, keine Zeit zur Verfügung stand, uns auch in persönlicher Beziehung etwas näher zu kommen, so wurden die kurzen Abendstunden dazu benutzt. Auch war es ja notwendig, daß nach der ernsten Tagesarbeit dem Empfinden und den Rogängen, die nun einmal im Maler schlummern und die ihm zum Teil mit angelehnt werden, Rechnung getragen wurde.

Unser Betriebsrat „Karl“ — wir hatten uns gleich am ersten Tag einen solchen gewählt —, um einen Mitarbeiter zu haben für etwa eintretende Fälle, verfehlt sein Amt zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Unterkunft und Verpflegung waren sehr gut. Unser Quartierwirt Bernhard Reimisch mit Gattin und Tochter haben sich alle Mühe gegeben, uns die Tage so angenehm wie möglich zu gestalten. Für ihre Bemühungen sollen wir ihnen noch nachträglich Dank und Anerkennung. Allen Teilnehmern aber rufe ich zu: Laßt das Gelernte nicht nur für Euch, sondern versucht es auch auf die andern Kollegen zu übertragen! In diesem Sinne wünsche ich allen Kollegen recht viel Erfolg.“ P. V., Planen 1. B.

### Notgemeinschaft der Sozialversicherung und Krankenkassen.

Zuerst in der „Sozialen Praxis“, dann auch in andern Zeitungen und Zeitschriften ist „von hervorragend sachverständiger Seite“ der Vorschlag erörtert worden, eine Notgemeinschaft der Sozialversicherungsträger zu schaffen, um durch diese den Reichetat von den Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung zu entlasten. Diejenigen Sozialversicherungsträger, die über stärkere Vermögensrücklagen verfügen, sollen danach gesetzlich verpflichtet werden, beim Auftreten dringenden finanziellen Bedarfs in der Arbeitslosenversicherung dieser im Darlehnswege Hilfe zu leisten.

Der Gedanke klingt zunächst überaus verlockend, zumal von Seiten der freien Gewerkschaften seit langem mit Nachdruck eine Vereinheitlichung in der Organisation der Sozialversicherungsträger gefordert wird. Bei näherer Prüfung jedoch ergibt sich, daß es sich in diesem Falle lediglich darum handelt, die bestehenden Sozialversicherungsträger finanziell zu belasten, sie womöglich zum Verlegen zu bringen und vor allem der Arbeitnehmerkassen in der Hauptfrage die Lasten der Arbeitslosen aufzubürden. Denn wer ist es denn anders als der Arbeitnehmer, der alle Mittel der Sozialversicherung aufzubringen hat. Auch die Arbeitgeberbeiträge sind bekanntlich in Wirklichkeit Lohnanteile. Demgegenüber wird der allgemeine Steuerfächer, aus dem jetzt die Darlehen für die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geschöpft werden, doch immerhin auch von andern Volksklassen gespeist.

Die Sozialversicherungsträger und die für sie verantwortlichen Persönlichkeiten sind sich darin einig, daß sie eine neue Belastung im gegenwärtigen Augenblick nicht ertragen können. Ein Risikoausgleich im eigentlichen Sinne des Wortes kommt kaum in Betracht, da erfahrungsgemäß die Belastungsschweren der Sozialversicherungsträger im Wechsel der Jahreszeiten und der Konjunkturperioden regelmäßig parallel laufen. Fast immer tritt gleichzeitig mit der besonderen Beanspruchung der Arbeitslosenversicherung auch bei den andern Versicherungsträgern eine Minderung der Einnahmen und eine Mehrung der Ausgaben ein. Zunehmende Arbeitslosigkeit bedeutet ganz von selbst Beitragssteigerung bei der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung und bedeutet meist auch ein Anwachsen der Leistungen. Der Arbeitlose hat mehr als der Arbeitende Zeit sich um seine Gesundheit zu kümmern; er wird in erheblicher Maße Arzt und Apotheker in Anspruch nehmen. Sobald es sein Gesundheitszustand wünschenswert erscheinen läßt, wird er sich krank schreiben lassen, während sonst er, soweit es die Kräfte nur irgend erlauben,

### Gegen den Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände,

haben am 8. Februar 1930, folgende Entschliebung angenommen:

„Wie aus der Presse bekannt geworden ist, besteht beim Reichsfinanzminister die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/1931 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften schärfsten Protest erheben, denn dieser sogenannte „Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung“ würde nichts anderes bedeuten, als eine Uebertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundsätzen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger. Eine Gefährdung der unmittelbarsten Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Aushöhlung des gerade von ihnen befruchteten Baumarktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein. Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermins würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise führen. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Öffentlichkeit, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Hege gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.“

gearbeitet wird. Der Ältere und Gebrechliche wird bei jeder Krise auf dem Arbeitsmarkt am stärksten betroffen, und er wird, sobald er keine Arbeit mehr findet, den Antrag auf Invalidisierung stellen, den er sonst vielleicht noch eine Zeitlang hinauszogeschoben hätte. Auch zur Durchführung notwendiger Heilverfahren wird, wenn möglich, die Zeit der Arbeitslosigkeit benutzt. Dazu kommt bei der Krankenversicherung noch die Tatsache, daß eine gemeinsame Ursache, nämlich die beginnende Winterkälte, sowohl auf die Einengung des Arbeitsmarktes als auf die Verschlechterung des Gesundheitszustandes einzuwirken pflegt. Die Reichsversicherungsanstalt hat sich bereits gegen die geplante Notgemeinschaft ausgesprochen. Auch für die Landesversicherungsanstalten ist von sachverständiger Seite eindeutig klargelegt worden, daß eine derartige Mehrbelastung schon in naher Zeit die Erfüllung der Rentenverpflichtungen unmöglich machen würde.

Es bleiben die Krankenkassen. Die letzte Vermögensfeststellung aller reichsgefährlichen Kassen ist für das Ende des Jahres 1928 durchgeführt worden. Damals buchten die reichsgefährlichen Krankenkassen ein Vermögen von etwa 701 Millionen. Mit Rücksicht auf den ungewöhnlich hohen Krankenstand, verursacht durch die abnorme Kälte und die Grippeepidemie in den ersten Monaten, ist das Endergebnis dieses Jahres aller Voraussicht nach ein erheblich schlechteres. Über auch von den erwähnten 700 Millionen hat nur ein verhältnismäßig geringer Teil — daselbe gilt übrigens auch für die übrigen Versicherungsträger — in flüssigen Mitteln bestanden. Die Statistik weist für den 31. Dezember 1928 — einem erfahrungsgemäß rechnerisch besonders günstigen Zeitpunkt — inen Kassenbestand von 122 Millionen auf. Bei Guthaben und Wertpapieren handelt es sich zu einem sehr erheblichen Teile um Reichs- und Staatsanleihen, um Anlagen bei Reichs- und Staatsbanken sowie bei den meist städtischen Sparkassen. Müßten diese Mittel anderweitig verwertet werden, so würde das wiederum eine Einengung des Kredites der öffentlichen Körperschaften bedeuten. Das Betriebsvermögen im engsten Sinne des Wortes, das heißt die Gerätschaften und die für Eigenbetriebe, Genesungsheime, Zahnkliniken, Badeanstalten usw. sowie Verwaltungsgebäude benutzten Grundstücke kämen ja überhaupt für eine andere Verwertung nicht in Frage. Bei Hypotheken und bei den unter dem Titel Wertpapiere mit verbuchten Pfandbriefen handelt es sich in der Hauptfrage um eine Unterstützung des Kleinwohnungsbaues, die wohl kaum rückgängig gemacht werden dürfte.

Der finanzielle Erfolg einer derartigen Notgemeinschaft muß daher von vornherein als sehr zweifelhaft und geringfügig festgestellt werden, es sei denn, daß von den Verantwortlichen dieses Planes im Geheimen ein Abbau der Sozialversicherungsleistungen gewünscht wird. Dagegen aber wird die organisierte Arbeiterschaft sich zu wehren wissen. Sie, die ohnedies genug an den Lasten der Arbeitslosigkeit zu tragen hat, wird nicht dulden, daß auf ihrem Rücken eine derartige „Notgemeinschaft“ begründet wird.

### An alle, die es angeht!

Wohl in allen Organisationen zeigt sich, daß zu den Mitgliederversammlungen immer nur ein bestimmter Teil der Kollegen erscheint. Man kann feststellen, daß eine Abgestumpftheit gegen jegliches Gemeininteresse, eine ungläubliche Gleichgültigkeit an ihrer Berufsvertretung und am öffentlichen Leben eingetreten ist. Sucht man nun nach den Ursachen dieser Erscheinung, so sind diese sehr mannigfaltig. Die meisten Mitglieder vertreten die Ansicht, daß

der Vorstand dazu da ist, die Interessen des Verbandes und des Gewerbes wahrzunehmen. Wenn aber etwa nicht nach Wunsch der betreffenden Mitglieder geht, dann widerspricht dem Vorstand die Ehre, über alle Maßnahmen kritisiert zu werden; nicht nur in den Versammlungen, sondern gewöhnlich am falschen Ort und oft vor Personen, die mit unserm Gewerbe nichts zu tun haben.

Gewiß werden die Vorstandsmitglieder sowie Pflichtengefühl besitzen, die Interessen und Ziele der Organisation mit allen Kräften zu fördern. Aber ein gewissenhaftes Zusammenarbeiten zwischen der Masse der Mitglieder und dem Vorstand ist dringend geboten, sonst erlahmt die Lust und Liebe des Vorstandes leicht. Es ist kein erhebendes Gefühl, wenn der Vorstand vor einem kleinen Häuflein Kollegen die Situation unseres Verbandes besprechen muß. Selbst bei denen, die nicht laut und häufig genug über die Ungunst der Zeit schimpfen, scheint der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse doch nicht kräftig genug zu sein, denn sonst würden auch sie sich zur Mitarbeit aufraffen und nicht bei den Versammlungen fehlen.

Der Sinn für das Gemeinschaftsleben muß bei den Kollegen unbedingt gefördert werden. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit verstehen viele unserer Kollegen nicht nur ausgezeichnet Kritik zu üben, sondern sie wollen auch alles besser wissen. Werden sie zur praktischen Mitarbeit aufgefordert, bekommt man meistens zur Antwort: „Es nützt ja doch nichts; was hat denn der Verband bisher erreicht?“ Mit diesen oder ähnlichen Worten glaubt man sich über die Lage hinwegsetzen zu können. Werden die Kollegen gebeten, wenigstens zu den Versammlungen zu erscheinen, da heißt es gewöhnlich: „Ach, da wird ja doch immer dasselbe geredet, das kenne ich, und auf mich kommt es ja gar nicht an.“ Es ist eben irrig, wenn die Kollegen glauben, daß ihnen der Versammlungsbesuch nicht nützen könne. Durch Rede und Gegenrede suchen wir die Vorgänge in unserm Gewerbe zu klären, uns gegenseitig zu belehren und zu informieren. Es ist sehr bedauerlich, sagen zu müssen, daß viele unserer Kollegen über ihre Pflichten auf steuerlichem und sozialpolitischem Gebiet gar nicht orientiert sind und ihnen dadurch Lausereien, Scherereien und Unkosten erwachsen. Man läßt ruhig allein an sich herankommen, und das ist nicht richtig.

Eines steht fest: Solange der unbegreifliche Stumpf-sinn und die nicht zu begreifende Gleichgültigkeit anhalten, ist an eine wirkliche Förderung unserer Interessen kaum zu denken. Wir kämpfen gegen eine große Macht von Feinden. Unsere wirtschaftliche Lage müßte jedem einzelnen die Augen öffnen und Interesse für das, was sich im öffentlichen Leben abspielt, erwecken. Aber keineswegs dürfte die Ungunst der Zeit unsere Kollegen vom Besuch der Verbandsversammlungen abhalten.

Jeder muß sich bewußt sein, daß nicht der Erfolg, sondern die Pflicht es ist, die uns auf den Kampfplatz führt. Unsere führenden Kollegen bedürfen der Ermutigung, der Anfeuerung, des Bewußtseins, die Gesamtheit der Kollegenschaft hinter sich zu haben. Mitarbeit, mitzuraten zum Wohle unseres Verbandes, das ist ein Gebot der Stunde.

Kein Verbandsmitglied darf ohne triftigen Grund in den Versammlungen fehlen. Alle Kollegen müssen, wenn sie gerufen und dazu aufgefordert werden, auch einem verstorbenen Kollegen die letzte Ehre erweisen. Auch das ist eine Pflicht der Kollegialität.

Jeder Kollege muß bedenken, daß das Fernbleiben von den Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen für die Kollegen, die durch das Fernbleiben der Mitglieder in die Leitung berufen wurden, kein Ansporn ist, ihr oft mit persönlichen und materiellen Opfern versehenes Amt auszuüben.

Wollen wir die abseitsstehenden Kollegen gewinnen, dann heißt es, ihnen durch unsern Zusammenhalt, unsere Geschlossenheit und treue Mitarbeit in der Organisation zeigen, daß das Wort Solidarität kein leerer Wahn ist. Alfred Stelzer, Meerane.

### Aus unserm Beruf

Die Berufs- und Organisationsverhältnisse in Groß-Berlin. Nach der Meinung einer Anzahl Volkswirtschaftler erwartet man ein weiteres Ansteigen der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Man spricht von einer Zahl von 3 Millionen. In Berlin suchen nach den letzten Berichten 440 000 Arbeit. Im Malergewerbe sind in Groß-Berlin bei den Arbeitsnachweisen 5291 eingetragen, wovon 2876 keine 26 Wochen im Laufe des letzten Jahres gearbeitet haben. Wohlfahrtsunterstützung beziehen nur 561 Kollegen. Welche Summe von Elend in diesen Zahlen liegt, kann derjenige natürlich nicht ermessen, der auf die Stempelblätter schimpft und weitere Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung herbeiführen will, wie es ja die Arbeitgeberorganisationen wiederholt zum Ausdruck gebracht haben.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben neben einer Reihe anderer Maßnahmen auch die Arbeitsbeschaffung energig gefordert. Damit haben sie sich gleichzeitig gegen die volkswirtschaftlichen Schädigungen des Reichsbankpräsidenten gewandt. Für unsere Organisation bedeuten diese Bestrebungen nichts Neues. Sind wir doch seit Jahren bemüht, durch Arbeitsbeschaffung für unsere Berufskollegen die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Während wir aber auf diesem Gebiete in früheren Jahren immerhin erhebliche Erfolge aufweisen konnten, machen sich die Wirkungen der allgemeinen Krise in diesem Jahre für unsere Bestrebungen recht unangenehm bemerkbar. Wie richtig doch unsere Arbeiten nach dieser Richtung hin waren und noch sind, wird durch die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates und die Anweisungen des Reichsarbeitsministers an die Präsidenten der Landesarbeitsämter erkennbar. Der Grundsatz: „Arbeit, nicht Unfertigkeiten“ wird denjenigen gegenüber, die immer von der Faulheit der Arbeitslosen reden, recht deutlich herausgestellt.

Neben diesen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung führen wir seit Jahren unsern Kampf um die Beseitigung ungezunder Berufsverhältnisse. 1916 wurden mit den Arbeitgebern die gemeinsamen Richtlinien geschaffen und 1926 revidiert und erneuert. Durch die Anwendung und Durch-

brung dieser soll eine Befreiung des Berufs durch Selbsthilfe herbeigeführt werden.

In unserm Bezirk wurden zur Durchführung dieser Richtlinien den Arbeitgebern im November 1927 Vorschläge in unserer Seite unterbreitet, die zur Aufnahme der Arbeiten in den Ortsstarikämtern durch die beiderseitigen Vertragsparteien führten. In einer Anzahl maßgebender Orte sind Erfolge bei diesen Arbeiten zu verzeichnen, die mitunter gegen den Widerstand rüchständiger Innungsmesser durch die Tarifämter herbeigeführt wurden. So ist die Auswahl der Lehrlinge, ihre Ausbildung und Entschädigung verbessert worden. Neben den Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung sind auch die Ausführungen von Malerarbeiten durch die Reichswehr, Schupo und andere Beamte erheblich unterstützt und die vorhandenen Aufträge dem Gewerbe zugeführt worden. Weitere Erfolge sind bei der Arbeitsmittlung und Innehaltung und Durchführung des Reichsarbeitsvertrages zu verzeichnen. Eine wirksame Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz ist selbstverständlich nur durch strenge Innehaltung der tariflichen Bedingungen zu erzielen. Das Ortsstarikämter in Berlin-Brandenburg hat zur Unterstützung der Ortsstarikämter in der Frage der Preisunterbietungen Richtlinien für eine Leistungsnorm geschaffen.

In Berlin versuchten unsere Ortsstarikämtervertreter nach den Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages auch den Abschluß einer Leistungsnorm herbeizuführen. Auf Arbeitgeberseite scheint man jedoch der Meinung zu sein, daß der jetzige ungesunde, berufliche Zustand aufrecht erhalten werden soll. Als in einem Betriebe unsere Kollegen suchten, die in den „Richtlinien“ für eine Leistungsnorm genannten Zahlen bei der Leistung in Anwendung zu bringen, wehrte sich die Organisation der Arbeitgeber dagegen. Man scheint dort der Meinung zu sein, daß die hohen Leistungen unserer Kollegen so hoch sind, daß man gegenüber der Öffentlichkeit schämen müßte, die Kilometerzahlen zu veröffentlichen beziehungsweise festlegen.

Die jetzigen Arbeitsmethoden, die durch die unerhörten Preisunterbietungen hervorgerufen werden, schreien aber geradezu in Berlin nach einem Eingriff der beiderseitigen Organisationen. Immer größere Anforderungen werden an die Kollegen bezüglich der Leistungen gestellt.

Altkollegen werden vereinbart, die geradezu den Anreiz schlechterer Arbeitsausführung bieten. Während ein großer Teil von in Berlin ansässigen Kollegen auch in den Sommermonaten arbeitslos ist, werden Arbeitskräfte von hierher beschafft. Ältere Kollegen haben fast keine Möglichkeit mehr in Berlin im Malergewerbe unterkommen. Schruppelose Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskräfte und rücksichtslose Entlassungen älterer Kollegen, die nicht für Lohnrückstellungen gebraucht werden können, sind bei einer Anzahl solcher Firmen, die ständig Schmutzkonzurrenz erleben, die Regel. Die Konkurrenzfähigkeit solcher Betriebe, die einen Stamm alter und guter Arbeitskräfte beschaffen und gute handwerkliche Arbeit leisten, wird immer mehr unterbunden und ihr Verschwinden gefördert.

Wenn nun die Arbeitgeber durch ihre Organisation den Niedergang des Gewerbes nicht aufhalten können, wollen wir wenigstens nicht mitschuldig werden. Wir verlangen, daß die in den Richtlinien festgelegte gemeinsame Arbeit aufgenommen wird, und daß die Tarifinstanzen ihnen zugewiesene Arbeit leisten können.

Wir sind uns nicht darüber im Unklaren, daß es langwieriger und schwieriger gemeinsamer Arbeit bedarf, um eingerissenen Mißstände zu beseitigen. Wir wissen, daß dabei selbst auf den Widerstand von Kollegen stoßen werden, die ihren Eigennutz über die beruflichen Interessen stellen. Alles das soll uns nicht abhalten, unsern durch die Richtlinien vorgezeichneten Weg zu gehen. Wenn wir bei der Unterstützung unserer Kollegen haben und auch in der Organisation stark genug sind, uns durchzusetzen, wird der Erfolg auch in Berlin nicht ausbleiben und bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden an die Stelle der jetzigen Lohn- und Arbeitsmethoden treten.

Die Filiale Braunschweig im Jahre 1929.

Unsere Betätigung stand unter dem Zeichen der schlechten Geschäftslage auf dem Baumarkt. Die Mitgliederzahl trat am Jahreschlusse 1928 443 (Lehrlinge 82). Das Jahr 1929 schloß mit einem Bestand von 486 Mitgliedern (1 Lehrlinge). Angeschlossen sind vier Zahlstellen. Zwei von gründeten wir im Laufe des Jahres. Außer den laufenden Versammlungen, Vorstandssitzungen fanden zahlreiche Revisionen, Besprechungen und Sitzungen statt. Die Tätigkeit des Vorstandes war darauf gerichtet, unsere Rollen über die Ziele und Zwecke des Verbandes zu unterstützen. Wir nahmen Stellung zu der Abänderung in der Arbeitslosenversicherung. Zahlreiche Kollegen sind infolge langandauernden harten Winters sehr lange Zeit arbeitslos gewesen, so daß sich die Veränderungen, die auf Verlängerung der Wartezeit hinausliefen, katastrophal auswirken könnten. Durch die sich ausbreitende Massenarbeitslosigkeit ist die Entscheidung in der Frage der Arbeitslosenversicherung unklar geblieben. Unsere Kollegen setzen sich mehr als bisher um den Verband bemühen; bei eintretender Arbeitslosigkeit muß die Verbindung der Organisation aufrechterhalten bleiben. Vor allem sollen die Versammlungen regelmäßig besucht werden; es wird über das Wohl und Wehe der Kollegen beraten. Der Leiter beschäftigten wir uns mit dem Jahresbericht des Hauptvorstandes, um den Kollegen zu zeigen, welche großen vielseitigen Aufgaben im Interesse der Kollegen bewältigt werden müssen. Ueber die stattgefundenen Lohnveränderungen, deren Ergebnis nicht alle befriedigte, gab unser Bezirksleiter ein übersichtliches Bild. Durchgeführt wurde die Beitragserhöhung zur Invalidenversicherung und eine Erhöhung des Beitrages aus Anlaß der Lohnveränderung. Ebenfalls wurde ein Sonderbeitrag für die Weihnachtshilfe und die Kinderferienausflüge am Ort erhoben.

Die Frage der Arbeitszeit machte es nötig, in mehreren Versammlungen und Sitzungen sowie im Ortsstarikämter Stellung zu nehmen. Eine Wochenendarbeitszeit wurde gegen karistischer Bestimmungen dadurch eingeführt, daß fünf Wochentagen achteinhalb Stunden gearbeitet wurde. Durch zielklare Aufklärung in den Kreisen der Kollegen gelang die Rücknahme dieser Maßnahme.

Erste Hilfe bei Unfallfällen!

Erste Unfallhilfe durch Laien ist kein Ersatz für den Arzt, sondern nur Notbehelf, bis der Arzt eingreift!



Schwerverletzte nur von Kundigen aufnehmen

Bestell-Nr. — 264 — der Unfallverhütungsbild O. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

Manche gut gemeinte Hilfe kann mehr schaden als nützen. Gebrochene Glieder müssen zum Beispiel mit besonderer Vorsicht angefaßt werden, damit der an sich gutartige Knochenbruch nicht dadurch verschlimmert wird, daß die spitzen Enden der Bruchstücke durch das Fleisch nach außen treten. Daher meldet Euch zur Ausbildung als Betriebsshelfer! Wer auf fremde Hilfe rechnet, muß selbst helfen können! Die notwendigen Begriffe der „Ersten Hilfe“ kann man sich in wenigen Kurzsitzungen aneignen!

(Aus: Augen auf! Das Büchlein zur Unfallverhütung für Jung und Alt! Herausgegeben von der Unfallverhütungsbild-O. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften e. V., Berlin W.)

Zur Frage des Facharbeitsnachweises wurde ebenfalls Stellung genommen. Zum Abschluß der Angelegenheit kam es noch nicht. Auch zur Frage über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe wurde in einem Vortrag Stellung genommen. Ebenso wurde das wichtige Gebiet der Sozialversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Krankenkassen in einem Vortrag behandelt. Viel Zeit nahm die Frage der Errichtung eines Volkshauses in Anspruch. Schließlich lehnten unsere Kollegen grundsätzlich ab, die Zustimmung zum Bau eines Volkshauses zu geben. Dann mußten wir uns um die Lohnzahlung in einem staatlichen Betriebe, dem Flughafen, bemühen. Der Herr Direktor betrachtete die Ausführung der Arbeiten als Notstandsarbeiten und meinte, unsern Kollegen unter Tariflohn bezahlen zu müssen. Dieser Uebelstand wurde durch unser Bemühen behoben. Auch hier sei gesagt, daß die große Arbeitslosigkeit das Grundübel der Nichtzahlung des Tariflohns war. Trotzdem wir nicht verkennen wollen, daß unsere dort in Arbeit getretenen Kollegen nicht einmal den Versuch machten, die Verhandlung zu benachrichtigen.

Die Beschaffung von Winterarbeit gehörte ebenfalls zu unsern Aufgabengebieten. Wir haben getan, was in unsern Kräften stand, um behördliche Arbeiten loszumachen. Leider mangelt es in den Staats- und Gemeindefinanzmitteln, um die Renovierungsarbeiten reiflos ausführen zu lassen.

Eine schlimme Frage ist die Verhütung von Unfällen. Nicht weniger als neun Berufsunfälle konnten wir feststellen. Davon zwei mit tödlichem Ausgang. Wir machen unsere Kollegen erneut an dieser Stelle auf die Wichtigkeit der Verhütung von Unfällen aufmerksam. Sollten sich Mängel an Gerüsten, Leitern und Brettern zeigen, dann bitten wir um Meldung, damit der seit 1. April 1929 angestellte staatliche Bautenkontrolleur zur Beseitigung der Mängel einschreiten kann.

In kurzen Zügen haben wir die hinter uns liegende Tätigkeit gewürdigt. Wir danken allen Kollegen, die mitwirkten, um unsere Aufgaben lösen zu können. Vor allem Dank den Leitern der Zahlstellen, den Unterkassierern, die durch ihre Tätigkeit es möglich machten, den Kollegen eine Weihnachtshilfe von 1082 M aus Filialmitteln auszugeben.

Ein Jahr, reich an Arbeit, ebenso reich an Enttäuschungen, liegt hinter uns. Aber unser Weg ist vorwärts und aufwärts gerichtet, deshalb, Kollegen, geschlossen mit frohem Mut und neuen Hoffnungen an die Arbeit im Jahre 1930.

Kewied a. Rh. Am 2. Februar sagte im Verbandslokal die Generalversammlung unserer Filiale. Nach der Begrüßung der Bezirksleiter Aurb, Frankfurt a. M., und Beringer, Köln, sowie eingeladener Kollegen aus Koblenz erstattete der Vorsitzende Eisen den Geschäftsbericht über den Stand unserer Filiale. Kollege Aurb gab einen Rückblick über das verfllossene Jahr und brachte in treffenden Worten die uns noch bevorstehenden Arbeiten zum Ausdruck. Es folgte darauf der Kassenbericht und die Entlastung des Kassierers. Durch den Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden wurde an dessen Stelle Kollege O. Müller gewählt, alle andern Vorstandsmitglieder wurden

wiedergewählt. Daran referierte Bezirksleiter Beringer in einem interessanten Lichtbildervortrag über gute und mangelhafte Malergerüste. Zum Schluß sahen wir noch schöne Naturaufnahmen von Nürnberg, Rothenburg und der sächsischen Schweiz. Mit ernstern Worten an alle Kollegen, auch fernherhin unsern Aufgaben mit ihren ganzen Kräften treu zur Seite zu stehen, wurde die lehrreiche Versammlung geschlossen.

Roskock. In unserer Filiale fand ein Vortrag über moderne Spritzmalerei in der „Philharmonie“ statt. Dem Vorstand war es gelungen, hierfür den künstlerischen Mitarbeiter der Malerei-Gesellschaft m. b. H., Hamburg, den Kollegen Rosjewsky, zu gewinnen. Im Anschluß hieran kam ein Film der Malerei-Gesellschaft Hamburg zur Vorführung, wozu ein Vortrag des Geschäftsführers, Kollegen Paul Junge, gehalten wurde. Nach Eröffnung der Veranstaltung begrüßte der Vorsitzende, Kollege Lueg, die zahlreich erschienenen Kollegen. Eine Anzahl Kollegen aus Döberan und Güstrow war ebenfalls erschienen, um die Vorträge zu hören und die Vorführungen zu sehen.

Kollege Rosjewsky führte etwa folgendes aus: Auch der Maler müsse sich, dem Zug der Zeit folgend, zur Ausführung guter konkurrenzfähiger und neuzeitlicher Dekorationsarbeiten, neuzeitlicher Werkzeuge bedienen. Der Spritztechnik werde leider immer noch sehr wenig Vertrauen entgegengebracht. Auch hier müsse Wandel geschaffen werden. Nachdem Kollege Rosjewsky die Konstruktion des Spritzapparates eingehend erklärt hatte und praktische Beispiele anführte, war man geradezu erstarrt, mit welcher einfachen Mitteln ganz prächtige Wirkungen erzielt werden konnten. Jedem Kollegen war es ermöglicht, selbst Versuche mit dem Spritzapparat anzustellen, wofür lebhaftes Interesse gezeigt wurde.

Alsdann nahm Kollege Junge zu seinem Filmvortrag das Wort und führte aus: Die Malerei-Gesellschaft Hamburg habe sich aus kleinen Anfängen, durch Energie und zähen Willen zu ihrer jetzigen Größe entwickelt. Im Anfang hatte das junge Unternehmen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Selbst die Gewerkschaften standen der Gesellschaft zunächst recht kritisch gegenüber. Durch gute und preiswerte Leistungen wurde aber bald das Vertrauen weiter Kreise erworben. Nach Ueberwindung der Inflation hat sich der Betrieb durch gute Organisation immer mehr entwickeln können. In vielen Provinzen Deutschlands gelangten größere Aufträge zur Ausführung. Bekanntlich wurde auch die Renovierung des Roskocker Gewerkschaftshauses von der Malerei-Gesellschaft Hamburg ausgeführt. Heute ist die Malerei-Gesellschaft Hamburg, wenn man von Berlin abieht, der größte und neuzeitlich eingerichtete Malereibetrieb Norddeutschlands. Der Redner kommt auf die besonderen Vergünstigungen der Belegschaft zu sprechen. Es wird bereits nach sechsmonatiger Beschäftigung Urlaub gewährt. Auch wird jedem Kollegen die Arbeitskleidung geliefert. Ferner sei jedem Kollegen Gelegenheit gegeben, durch Inanspruchnahme der sehr umfangreichen Hausbibliothek und durch den Besuch, der von Zeit zu Zeit stattfindenden Vorträge, sein Wissen zu bereichern. Im Jahre 1928 erhielten die Lehrlinge schon eine besondere Zuzahlung an Kostgeld, Arbeitskleidung und Werkzeug im Werte von 4150 M. Alles sei aber nur möglich geworden durch das gute Einvernehmen mit der Belegschaft. Durch den dann vorgeführten Film wurden die Ausführungen des Kollegen Junge ganz besonders gut veranschaulicht.

Reicher Beifall wurde den Rednern für ihre hochinteressanten Ausführungen zuteil.

Zeit. Nachdem ein großer Teil der Vorstandsmitglieder von der Haltung des Referates zur Hauptversammlung glaubte Abstand nehmen zu müssen, zeigte gerade unsere diesjährige Hauptversammlung, daß bei verantwortungsvoller Organisationsarbeit und Ausschaltung aller kleinlichen Kritik auf ein solches nicht verzichtet zu werden braucht. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Schulze, die zahlreich erschienenen Kollegen begrüßt und ersucht hatte, zum Besten der Organisationsarbeit sachliche Kritik an den Berichten zu üben, nahm der Kassierer, Kollege Penndorf, zu seinem Vierteljahres- und Jahreskassenbericht das Wort. Klar und eindeutig wurde den Kollegen das Zahlenmaterial des vergangenen Jahres vor Augen geführt. Wenn wir im Jahre 1929 gegen das Vorjahr nur eine kleine Mehreinnahme zu verzeichnen haben, aber die Ausgaben gestiegen sind, so bezeugt schon dieses wie stark die Kollegenschaft, im Bauberuf wie in der Industrie, der Arbeitslosigkeit unterworfen war. Es zeigt sich am deutlichsten daran, daß wir 120 % Arbeitslosenunterstützung mehr auszahlen mußten als im Jahre 1928. Die Entlastung wurde dem Kollegen Penndorf einstimmig ausgesprochen. Hierauf gab der Kollege Schulze den Geschäftsbericht des Vorstandes. Er ließ alle wichtigen Ereignisse des verfllossene Jahres in seinem Vortrag nochmals Revue passieren. Ausgehend von den Kämpfen des Unternehmertums gegen die Arbeitslosenversicherung und Sozialpolitik überhaupt, zeigte er die Gründe auf von der herrschenden Arbeitslosigkeit im allgemeinen, als auch im besonderen unseres Berufes und ihre Auswirkungen in der Organisation und der Filiale. Wenn wir im wesentlichen unsere Mitgliedszahlen hätten konnten, trotz der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage am Orte, so ist das ein Beweis unserer verantwortungsvollen Verwaltungsarbeit und der aktiven Mitarbeit einer vom Geiste der Organisation getragenen Kollegenschaft. Diesen allen spricht Kollege Schulze den Dank aus, und ersucht, auch im neuen Jahre nicht zu erlahmen, sondern weiterzustreben im Sinne der freien Gewerkschaftsbewegung. In der darauffolgenden Wahl wurde dem bisherigen Vorstand durch einstimmige Wiederwahl das Vertrauen ausgesprochen. Unter Geschäftliches gab der Vorsitzende noch bekannt, wie der Hauptvorstand zur Zeit bestrebt ist, die Zulassung unseres Berufes in die Krisenfürsorge zu erreichen. Dieses wurde von den Kollegen stark begrüßt. Für eine angelegte Beschäftigung einer Tapetenfabrik durch die Jugendabteilung erwachte der Vorsitzende auch aus den Reihen der älteren Kollegen um gute Beteiligung. Hieran schloß sich eine Debatte über Gehälter und Verwaltungsentschädigung. Danach schloß der Vorsitzende mit anfeuernden Worten, im Hinblick auf unsere nächsten Aufgaben, die antugend verkaufene Versammlung.

### Baugewerbliches

#### Lügen über die Bauhütte Berlin.

Durch die uns feindliche Presse ging kürzlich ein Artikel in dem kritisiert wurde, daß die Bauhütte Berlin ihr zehnjähriges Bestehen in der Scala zu Berlin gefeiert hat und in dem behauptet wird, die Bauhütte habe für diese Feier 100 000 M. ausgegeben. Diese Behauptung, die von einer kommunistischen Zeitung aufgebracht und vom „Deutschen“ weiter verbreitet wurde, ist unwar. Wahr ist folgendes: Die Bauhütte Berlin feierte ihr zehnjähriges Bestehen auf gemeinsamen Beschluß der Geschäftsleitung, des Delegiertenausschusses, des Betriebsvorstandes und des Aufsichtsrates mit sämtlichen Betriebsangehörigen und deren erwachsenen Familienmitgliedern. Da für die Feier weder die Volksbühne noch das Große Schauspielhaus noch ein anderer Saal für 2500 Besucher zu bekommen war, wurde der große Saal der Scala genommen und die Feier in der Zeit von 11 bis 13.30 Uhr in Form einer Matinee abgehalten. Als Miete für den Saal einschließlich Garderobe und Heizung hatte die Bauhütte 1650 M. für den Sängerkor, die mitwirkenden Künstler, die Musik sowie für sonstige Unkosten die Summe von 2500 M. zu zahlen, so daß die gesamten Unkosten für die Feier sich auf 4200 M. beliefen. Außer diesen Unkosten hatte die Bauhütte Berlin schon vor der Feier 10 000 M. der Wohlfahrtskasse des Betriebes, die von dem Betriebsrat verwaltet wird, zur Unterstützung erkrankter und in Not geratener Betriebsangehöriger überwiesen. — Dies zur Steuer der Wahrheit; da doch nicht zu erwarten ist, daß die Presse, die obige Schwindeleien in die Welt setzte, diese berichtigen wird.

### Gewerkschaftliches

#### Die Angestellten gegen Moldenhauer.

Die soeben in Berlin stattgefundene Tagung des Beirats und Verbandsvorstandes des Zentralverbandes der Angestellten erhebt scharfsten Protest gegen die Absichten des volksparteilichen Reichsfinanzministers, das voraussichtliche Defizit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Rechnungsjahre 1930 in Höhe von 335 Millionen Mark aus den Ueberschüssen der Angestelltenversicherung und Invalidenversicherung in Form eines Zwangsdarlehens decken zu wollen. Die Vermögensrücklagen dienen der Sicherstellung künftiger Rentenansprüche. Die Art der Vermögensanlage wird durch das Angestelltenversicherungsgesetz und die Reichsversicherungsordnung in bestimmter Weise vorgeschrieben. Ein Eingriff in die so gegebenen Rechte der Vermögenssträger würde die Sicherheit der Vermögensanlage in Frage stellen und damit die Grundlagen beider Versicherungsträger erschüttern. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem gegenwärtigen Betriebsaufkommen in absehbarer Zeit nicht einmal in der Lage, die laufenden Ausgaben zu decken. Ihre Verschuldung, die bereits Ende des Rechnungsjahres 1930 die Summe von rund 900 Millionen Mark erreichen wird, muß also automatisch noch weiter wachsen. Damit scheidet aber auch die Möglichkeit einer Rückzahlung des Zwangsdarlehens aus.

Ebenso verderblich sind die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Zwangsmassnahme. Fast die gesamten Vermögensrücklagen der Angestelltenversicherung und Invalidenversicherung, die im Jahre 1930 zur Verfügung stehen, müßten zur Verwirklichung der Absichten des Reichsfinanzministers herangezogen werden. Damit würde insbesondere die so dringend nötige Förderung des Wohnungsbaues unterbunden werden. Statt Arbeitsbeschaffung wäre also die wirtschaftliche Folge einer solchen verderblichen Politik eine Verschärfung der Arbeitsmarktkrise.

Beirat und Verbandsvorstand des Zentralverbandes der Angestellten warnen eindringlich Reichsregierung und Reichstag, den Plänen des Reichsfinanzministers Folge zu leisten; sie erwarten insbesondere von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie diesen Absichten scharfsten Widerstand entgegenzusetzen.

#### Die unbeweglichen Lohnsätze.

Die Lohnsätze sind in den letzten Monaten stehen geblieben. Nach der offiziellen Statistik sind die Wochenlöhne für gelernte Arbeiter um ganze 6 S vom Oktober 1929 bis Januar 1930 gestiegen. Bei den ungelerten Arbeitern waren es nur 4 S. Die Reallohnwörter, die über den Lebenshaltungssindex des statistischen Reichsamtes umgerechnet wurden, weisen eine etwas stärkere Steigerung auf. Vom Januar 1929 bis zum Januar 1930 haben sich die Wochenlöhne für gelernte und ungelerte Arbeiter in folgender Weise entwickelt:

Monat	Jahr	gelernte Arbeiter		ungelernte Arbeiter	
		Nominallohn	Reallohn	Nominallohn	Reallohn
Januar	1929	52,36 M.	34,20 M.	40,49 M.	26,45 M.
April	1929	52,63	34,26	40,74	26,52
Juli	1929	53,79	34,84	41,66	26,98
Oktober	1929	53,85	35,05	41,73	27,19
November	1929	53,91	35,21	41,78	27,31
Dezember	1929	53,91	35,33	41,78	27,38
Januar	1930	53,91	35,56	41,78	27,56

Von Anfang 1929 bis Anfang 1930 erfolgte im gewogenen Reichsdurchschnitt eine Erhöhung der Wochenlöhne für gelernte Arbeiter um 1,55 M. Der Reallohn stieg nur um 1,36 M. Für die ungelerten Arbeiter betrug die Steigerung des Nominallohnes 1,29 M. und die Steigerung des Reallohnes 1,11 M. Die Reallohnsteigerung erfolgte also in einem geringeren Tempo als die Besserung der reinen Geldlöhne. Im letzten Halbjahr erfolgte nur eine ganz geringe Steigerung der Nominallohnsätze. In etwas stärkerem Maße stiegen die Reallohn. Aber im großen und ganzen ist doch ein Stillstand in der Lohngestaltung der Arbeiter zu verzeichnen. Die Krise hat sich wieder in sehr augenfälliger Weise ausgewirkt. Im Frühjahr laufen zahlreiche Tarifverträge ab. Es wird nicht zuletzt an der Wirtschaftslage und am Beschäftigungsgrad liegen, ob bei der Neuverhandlung der Tarifverträge Lohnsteigerungen in

größerem Ausmaß möglich sind. Daneben darf es natürlich an der notwendigen gewerkschaftlichen Aktivität nicht fehlen.

#### Generalversammlungen.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands beruft seine 27. Generalversammlung zum 20. Juli 1930 und folgende Tage nach Breslau (Gewerkschaftshaus) ein. — Der deutsche Textilarbeiterverband hält seinen 17. ordentlichen Verbandstag vom 16. bis 21. Juni 1930 im Höhenrestaurant „Schönblick“ in Stuttgart ab. — Der vierte Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten findet vom 18. bis 20. Mai 1930 in Stuttgart, Niederhalle, statt. — Fünfter Reichsbundestag in Mainz. Die größte Kriegsofferorganisation Deutschlands, der Reichsbund der Kriegsoffer, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Sitz Berlin, hat zum 25. bis 28. Mai 1930 seinen fünften Reichsbundestag nach Mainz einberufen. Auf dieser Tagung werden neben andern folgende Referate zur Diskussion stehen: „Grundfragen der Sozialpolitik und die Forderungen des Reichsbundes“, „Aufbau und Weltfrieden durch internationale Verständigung“, „Die öffentliche Fürsorge und ihre besonderen Aufgaben für die Kriegshinterbliebenen“, „Die öffentlichen Aufgaben für die Kriegsoffer auf dem Gebiete des Siedlungs- und Wohnungswesens“. Wie die bisherigen Bundestage dieser mehr als eine halbe Million umfassenden Organisation, so dürfte auch der Mainzer Bundestag reges Interesse bei den Verwaltungskörperschaften, den Parlamentariern und der breiten Öffentlichkeit finden.

#### Wie die erste Bundeschule entsteht — ein neuer Film.

Der Vorstand des DGB hat während der Bauarbeiten an seiner neuen Schule in Bernau bei Berlin laufend Filmaufnahmen machen lassen, die nun zu einem 742 Meter langen Film zusammengestellt sind. Wir sehen Bernau, die Waldlichtung, auf der die Schule errichtet wurde, die Grundsteinlegung und dann etwas von all den verschiedenen Arbeiten, die zum Werden eines Baues gehören. Der Film verbindet also einen Hinweis auf die neue zentrale Bildungsstätte der Gewerkschaften mit anschaulichen Bildern vom Arbeiten vieler Berufe. Er wird zweifellos gerade bei unsern Jugendlichen gut aufgenommen werden. Die Verlagsgesellschaft des DGB (Berlin S 14, Infelstraße 6a) hat den Vertrieb und den Verleih dieses Filmes übernommen. Die Leihgebühr beträgt 20 M für die Vorführung; Vorführungsdauer etwa vierzig Minuten.

### Genossenschaftliches

#### Sonderstellung und Bevorzugung der Konsumgenossenschaften.

Es dürfte nicht unnützlich sein, an einem klassischen Beispiel zu zeigen, was der Handel als Gegner der Konsumgenossenschaften unter deren „Bevorzugung“ versteht. Um so mehr, als anlässlich der Verabschiedung des Zündholzmonopolgesetzes die ganze bürgerlich-politische, die Generalanzeiger- und Provinzpresse, nebst den Fachzeitungen aller Händler- und Mittelstandsgruppen mit knalligen Artikelüberschriften über die fragliche „Bevorzugung“ ihren Leserkreis irreführten und eine ausreichende Darstellung darüber, was nun in Wirklichkeit geschehen war, nirgends erfolgte.

„Was ist Wahrheit?“, um mit dem römischen Gouverneur Pilatus von Palästina zu reden. Wahrheit oder Tatsache ist folgendes. Durch die Verabschiedung des Zündholzmonopolgesetzes, das nach den Ausführungen des deutsch-volksparteilichen Finanzministers Dr. Moldenhauer 1. zur Sanierung der Reichskasse, 2. zum Schutze der deutschen Zündholzindustrie gegen die Uebermacht des Schwedenraufes und die Dumpingimporten (Schleuderpreise auf Grund niedrigerer Löhne, als sie im Importland gezahlt werden) von russischen Zündholzern notwendig geworden war, wurde auch die leiberrige Sonderstellung der Groß-einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg mit ihren beiden großen Zündholzfabriken wesentlich eingeschränkt. Hatte sie vorher ein unbeschränktes Produktionsrecht, so erhielt sie jetzt zunächst nach dem Entwurf mit der noch zu errichtenden (!) Zündholzfabrik des den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Köln nur noch ein Jahreskontingent von durchschnittlich 28 000 beziehungsweise rund 32 000 Kisten, das zuletzt auf 28 000 beziehungsweise rund 30 000 Kisten eingeschränkt wurde.

Davon war nach dem Entwurf eine Abgabe von 50 M pro Kiste, also eine Jahreszahlung von 1 1/2 Millionen Mark an die Reichskasse zu leisten. Die bürgerlichen Parteien erhöhten aber die Abgabe für die genossenschaftliche Produktion pro Kiste auf 60 M, so daß sie mit einem Federstrich 300 000 Mark mehr beträgt; also 1 800 000 Mark im Jahr. So wurde die Sonderstellung der Konsumgenossenschaften „bevorzugt“.

Aber weiter. Von der Abgabe, die das Monopol an die Reichskasse zu leisten hat, bleiben nach Abzug der Verwaltungskosten um pro Kiste netto 21,50 M übrig. Die Konsumgenossenschaften müssen aber 60 M, also pro Kiste 38,50 M mehr bezahlen als das Monopol; macht bei 30 000 Kisten 1 155 000 M pro Jahr mehr. Würde also die Sonderstellung der Konsumgenossenschaften ganz aufgehoben und ihr Kontingent dem Monopol überliefert worden sein, wie es die Regierungen von Württemberg, Bayern, Sachsen, usw. im Interesse des Privathandels verlangten, so hätte die Reichskasse bei einer 35jährigen Monopoldauer 35 mal 1 155 000 M = 40 425 000 M weniger Abgabe erhalten, die sie nun von den Konsumgenossenschaften auf Heller und Pfennig mehr bekommt.

Mit diesen Tatsachen ist wohl die „bevorzugte“ Sonderstellung der Konsumgenossenschaften hinreichend illustriert und das Märchen, das heißt die bewusste Lüge des Handels von der „Bevorzugung“ der Konsumgenossenschaften genügend gekennzeichnet. Fragt man aber auch noch nach den Ursachen der rückwärtschreitenden Benachteiligung der Konsumgenossen-

chaftliche Eigenproduktion, so ergibt sich den im Reichstag einwandfrei gemachten Geständnissen bürgerlichen Konsumvereinsgegner die Tatsache, daß befürchtete, die Konsumgenossenschaften würden mit ihrer Produktion die Preise des Privathandels unterbieten, heißt statt des Monopolpreises von 30 S pro Paket 25 S von ihren Mitgliedern fordern. Darum wurde auch zum Schutze des Handels ein Monopolgesetz mit 30 S ins Gesetz hineingeschrieben, denn von ein Schutz der Verbraucher kann beim Handel natürlich keine Rede sein. Und auch dies gilt wohl noch „Bevorzugung“ der Konsumgenossenschaften.

Den klassischen Gegenbeweis für all diese „Bevorzugungen“ erbrachte wohl der Zentrumsabgeordnete Schöler vom Reichsverband deutscher Konsumvereine, als er der Reichstagsdebatte hierüber darauf hinwies, daß sogenannten landwirtschaftlichen Notprogrammen die Konsumgenossenschaften der Landwirtschaft einen Reichszuschuß von 60 Millionen Mark erhielten, während die Konsumgenossenschaften durch das Zündholzmonopolgesetz Reichskasse rund 40 1/2 Millionen Mark mehr bezahlgemüssen, als die Monopolindustrie.

So sieht die „Bevorzugung“ der Konsumgenossenschaften in Wirklichkeit aus. Wie denken darüber genossenschaftlich organisierten Verbraucher?!

#### Lebensversicherung heute und einst.

In der Volksfürsorge haben sich die Arbeitnehmer die Einrichtung geschaffen, durch die sie sich vor Not im Alter und ihre Familie vor Not nach ihrem Tode schützen. Solche Einrichtung ist eine Notwendigkeit, die sich aus den gezeichneten sozialen Verhältnissen zwangsläufig ergibt. In der Zeit, die so sehr wie die unsere in Herrentum und Abhängigkeit, in Not und Besitz zerfällt, sie zwingt die Abhängigen zur sozialen Selbsthilfe, durch eigene Institutionen die Schläge abzuwehren, die das Leben gibt.

Aus diesem natürlichen Drange der Selbsterhaltung heraus kam man schon im Altertum dazu, die Einrichtung der Lebensversicherung zu schaffen. Als in der römischen Kaiserzeit der Gegensatz zwischen arm und reich besonders stark geworden, da entstand der Gedanke, durch Versicherung das Leben der sozial Schwachen zu schützen. Es entstanden damals regelrechte Sterbekassen mit Statuten in denen der Beitrag, der etwaige Verlust der Unvorsichtigkeit usw. festgelegt war. Der ganze Betrag gelang dann allerdings nicht zur Auszahlung, es war vielmehr vorgesehen, daß der sechste Teil des Sterbegeldes an Scheiterhaufen an das Gefolge ausgeteilt wurde.

Aber auch die Fachvereine nahmen sich der Versicherung der Mitglieder an. Da wurden zum Beispiel die Steinbruch- und die Bergarbeiter erwähnt, die die Leistung eines Sterbegeldes wie auch einer Hinterbliebenenversicherung vorfanden.

Da der soziale Kampfgedanke noch nicht existierte, so hatten die Fachvereine in jener römischen Zeit rein beruflichen und reformistischen Charakter, mit Gewerkschaften gar nicht vergleichbar, so wie auch jene Zersplitterungsgebilde nicht in Vergleich gebracht werden können mit der Leistungskraft der Volksfürsorge, bei der Verbände von Millionen von Menschen die Träger sind.

### Sozialpolitisches

Das Institut für Konjunkturforschung sieht dem Frühjahrsgeschäft mit einigen Sorgen entgegen. In dem Wochenbericht vom 5. Februar untersuchte es das Problem Arbeitslosigkeit und Kaufkraft und kommt dabei zu folgenden Feststellungen: „In den kommenden Wochen ist mit einer wesentlichen Beeinträchtigung der Kaufkraft durch die Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Belebung, die die Massenkaufkraft in den Frühjahrsmonaten durch die saisonmäßige Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten erfahren pflegt, wird in diesem Jahr durch die wachsende konjunkturelle Arbeitslosigkeit erheblich gehemmt werden.“ Die Bekämpfung der Kaufkraft bei konjunktureller Arbeitslosigkeit ist anders, als wenn diese saisonmäßig ist. Die saisonmäßige Arbeitslosigkeit ist vorübergehender Natur, auf deren Folgen hat sich die Wirtschaft eingestellt. Gegenüber führt die konjunkturelle Arbeitslosigkeit dazu, auf längere Zeit Arbeitskräfte vom Bezug des normalen Einkommens auszuschließen. Durch die Unterstützungsbezüge wird der Kaufkraftausfall bei weitem nicht ausgeglichen. Somit ist von der Einkommenseite her mit einer weiteren Verschlechterung der Umsatzgestaltung des Einzelhandels in den nächsten Monaten zu rechnen. Vom Einzelhandel aus wird eine lähmende Wirkung auf die übrigen Zweige und auf die Produktion ausgehen. — Die Aussichten sind also nicht sehr rosig. Es sei denn, daß Arbeitslosigkeit schneller vermindert werden könnte. Vielleicht trägt die Erleichterung des Geldmarktes und die Reparationsfrage hierzu bei.

#### Arbeitslosigkeit bedeutet Kapitalverschleuderung. Das Arbeitslosenheer hat einen Kapitalwert von 35 Milliarden.

Der Generaldirektor der Vereinigten Aluminiumwerke Dr. von der Porten hat im Gesamtausschuß zur Wahrung der Interessen der deutschen Metallwirtschaft eine Rede gehalten, die nach verschiedenen Richtungen hin sehr aufschlußreich ist. Er beschäftigte sich unter anderem mit der Arbeitslosigkeit, der Rationalisierung und den Schäden, die die Außerbetriebstellung von zahlreichen menschlichen Arbeitskräften bedeutet. In diesem Zusammenhang ließ sich Herr v. d. Porten folgendermaßen aus:

„Da die Rohstoffkosten für den einzelnen Betrieb nicht unabänderlich sind, wurde versucht, Ersparnisse beim Entgelt für Arbeitsleistungen zu erzielen, menschliche Arbeitskräfte durch rationell arbeitende Maschinen zu ersetzen. Die Erzielung von Ersparnissen wird allerdings wieder in Frage gestellt, wenn diese Maschinen nicht voll beschäftigt sind. Die gleichen Gründe, die in andern Ländern zum Ersatz menschlicher Arbeitskräfte durch die Maschine führten, rechtfertigen in Deutschland solch einen Beschluß noch keineswegs. Man darf nicht vergessen, daß jedermann, der durch Rationali-

...ung eines Betriebes arbeitslos wird, die deutsche Wirtschaft mit rund 1100 M pro Jahr betet. Schließlich stellt jeder in der Wirtschaft stehende ein volkswirtschaftlich — genau so eine Kapitalanlage — wie eine Maschine. Jeder neu in die Wirtschaft eintretende Erwerbstätige hat der Allgemeinheit rund 14 000 M gekostet. Ich habe durch sorgfältige Überprüfung in großen Betrieben festgestellt, daß für die Einstellung je eines Erwerbstätigen die Aufwendung neu zu beschaffende Maschinen, Werkzeuge, den für notwendigen Platz, die Wohnkonditionen usw. durchschnittlich 8000 M zu investieren sind. Seine Erziehung in Schule, Fortbildungsanstalt und Lehrlingswerkstätte erfordert pro Kopf mindestens 2000 M. Für Wohnung, Verkehrs-, sanitäre Einrichtungen, öffentliche Ordnung, ist weiterer Betrag von 6000 M sicherlich eher zu niedrig zu hoch gegriffen. Mit jedem Erwerbstätigen über Jahre, den wir danach aus dem Betrieb ausscheiden durch Maschinenarbeit ersetzen, wird das Volkswirtschaft um diese Ausgaben solange geschädigt, als der treffende nicht die Möglichkeit hat, an anderer Stelle produktiv zu wirken. Es besteht also ein Interesse des Arbeitnehmers an der Beschäftigung von Arbeitskräften als Ersparnis von Kapitalverschleuderung.

Die Arbeitslosigkeit bedeutet also eine sehr fühlbare Kapitalverschleuderung. Nach der obigen Rechnung beträgt jeder Arbeitslose die deutsche Wirtschaft je Jahr mit 14 000 M. Das sind bei 2,5 Millionen Arbeitslosen, wie sie im Jahr vorhanden sind, 2,8 Milliarden oder je Monat 233 Millionen Mark. Da jeder arbeitsfähige Mensch den Feststellungen des Herrn v. d. Porten eine Kapitalanlage von 14 000 M bedeutet, so liegen nicht weniger als 35 Milliarden Mark nutzlos brach. Ein so großer Kapitalwert, der unausgenutzt bleibt, bildet auf die Volkswirtschaft eine große Gefahr für die Volkswirtschaft. Den Kapitalwert eines vollleistungsfähigen Menschen von 14 000 M ist als sehr niedrig zu bezeichnen. Der Direktor der Deutschen Bank, Werner Kehl, nahm auf der Jahresversammlung des Reichsverbandes der deutschen Arbeiter die Wert eines vollleistungsfähigen Menschen mit 100 000 an. Wie dem aber auch sei, auch 14 000 M sind so ungeheuerliche Summe, daß alles daran gesetzt werden muß, dieses riesige Kapital von 35 Milliarden für die Volkswirtschaft zu mobilisieren. Wo sind die öffentlichen Stellen, wo die Wirtschaftsführer, die dieses Problem aller Probleme zu lösen versuchen?

**Arbeiterversicherung**

Zur Finanzierung der Reichsanstalt für A. V. und A. V. und uns geschrieben:  
Die Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist zu bekannt, als daß zahlenmäßig auf diese eingehen möchte. Das Jahr 1929 und innerpolitisch sehr wesentlich im Sinne der „Reform“ der Arbeitslosenversicherungsgesetzes, und es hat seitens der politischen und gewerkschaftlichen Arbeitervereinigungen großer Anstrengungen bedurft, um die schlimmsten Verschlechterungsmaßnahmen abzuwehren. Durch die Erhöhung der Beiträge, sondern aus solidarischer Verantwortlichkeitsgefühl haben die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften eine Beitragserhöhung von 3 auf 4 % im Frühjahr 1929 beantragt; infolge ablehnender Haltung der übrigen Parteien ist diese notwendige Reform nicht unterblieben, womit sich die Finanzlage der Reichsanstalt weiter verschlechterte. Erst im Dezember 1929 hat der Reichstag unter dem Druck der Verhältnisse eine 5%ige Beitragserhöhung ab 1. Januar 1930 bekräftigt bis Juni 1930 beschloffen. Diese Maßnahme kann, weil zu geringfügig und viel zu spät beschlossen, die Finanzlage der Reichsanstalt nicht wesentlich mehr beeinflussen. Und stehen wir vor der Gewißheit, daß neue Kämpfe um die Finanzierung der A. V. oder um die Arbeitslosenversicherung selbst uns bevorstehen. Und aus diesem Grunde möchte ich öffentlich nachstehende Anregung zur Diskussion stellen: Wir haben im Deutschen Reich, bei Reich, Ländern, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften, über eine Million Beamte. Auch Beamte sind nicht total sicher gegen Arbeitslosigkeit und zahlreiche Beispiele dafür lassen sich aufzählen. Es wäre nur recht und billig, wenn die beamteten Arbeitnehmer beitragspflichtig zur A. V. gemacht würden. Alle Einwände, gleich von welcher Seite und unter welchen Motiven sie kommen, müßten zunächst im Interesse der Gerechtigkeit und der großen sozialpolitischen Frage, die es zu lösen gibt. Wenn auch in den Beamtenverbänden sich und Stimme in den Gremien der Reichsanstalt eingebracht werden müßte, und durch den Einfluß der im freien Wirtschaftsleben lebenden Arbeitnehmer gemildert würde, so wäre auch meines Erachtens kein Grund, um über die Anregung Tagesordnung überzugehen. Die beste Selbstverwaltung ist uns nicht viel, wenn mangels Mittel die sozialen Aufgaben einer Körperschaft nicht durchgeführt werden können. Eine Versicherung kann nicht bestehen, wenn sie mit schlechten Risiken belastet ist, während man die besten Risiken von der Versicherung befreit. Wenn die beitragspflichtigen Beamten bestehen bliebe und die beitragspflichtigen Beamten und ihrer Arbeitgeber einfließen würde, so wären wir einer großen sozialpolitischen Aufgabe und einer innerpolitischen Streitfrage zum größten Teil enthoben.  
Heinrich Simon, München.

**Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages.**

Bekanntlich erfolgt die Heraufsetzung der steuerfreien Beträge bei Kriegsbeschädigten auf Antrag nach Höhe des Prozentsatzes der Erwerbsminderung. Derartige Anträge auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages sind nach Empfang der Steuerkarte bis spätestens zum 31. März 1930 unter Beifügung des Rentenbescheides beim zuständigen Finanzamt zu beantragen.  
Das Reichsfinanzministerium hat am 30. November 1929 unter Nummer S 226 A 400 III einen Erlaß über die Berechnung der steuerfreien Beträge herausgegeben, der vielen Kriegsbeschädigten erhebliche Nachteile bringt. Dieser Erlaß bestimmt, daß bei Bestimmung

einer Erhöhung der Werbungskosten oder Sonderleistungen, die durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse bedingt sind, die steuerfreien Pauschbeträge nur insoweit erhöht werden dürfen, als sie den durch die Kriegsbeschädigung ohnedies schon erhöhten Pauschbetrag übersteigen. Dieser Erlaß steht im Widerspruch zu dem grundlegenden Erlaß über Sonderregelung für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern vom 9. Dezember 1928 IIIe 9500. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hatte sich deshalb mit einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium gewandt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß der jetzige Erlaß nicht mehr dem ersten Erlaß entspricht — in dem ausgedrückt ist, daß die Erhöhung ihren Grund in den besonderen durch die Kriegsbeschädigung verursachten Ausgaben hat —, wenn nunmehr ein Teil der nachgewiesenen Sonderleistungen und Werbungskosten bei erhöhten Ausgaben mit der Erhöhung des Prozentsatzes der Dienstbeschädigung verrechnet wird. Das Reichsfinanzministerium hat jetzt folgende Antwort erteilt:

„In Nummer 75 Nummer 2 des Einkommensteuergesetzes ist eine Erhöhung der Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderleistungen vorgesehen, wenn der Arbeitnehmer nachweist, daß die zulässigen Abzüge für Werbungskosten und Sonderleistungen insgesamt den Betrag von 40 M monatlich übersteigen. Von dem hier geforderten Nachweis habe ich in meinem Rundschreiben vom 12. Dezember 1925 — IIIe 7150 (Reichssteuerblatt 1926 S. 4) — zugunsten der Kriegsbeschädigten bewußt eine Ausnahme insofern zugelassen, als den Kriegsbeschädigten auf Antrag mit Rücksicht auf ihre besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse und die ihnen erwachsenden höheren Werbungskosten und Sonderleistungen die Erhöhung ohne nähere Darlegung der zur Erhöhung im einzelnen erforderlichen Verhältnisse gemährt werden, wenn der Grad der Erwerbsbeschränkung durch Vorlegung des letzten Rentenbescheides oder durch eine sonstige amtliche Bescheinigung nachgewiesen wird. Danach wird zum Beispiel einem 60prozentigen Kriegsbeschädigten, ohne daß er einen Nachweis über seine tatsächlichen Werbungskosten und Sonderleistungen zu führen hat, eine Erhöhung des gesamten steuerfreien Lohnbetrages von 100 M monatlich um 60 %, also auf 160 M, zugestanden. Wenn dagegen Kriegsbeschädigte höhere Werbungskosten und Sonderleistungen, als schon durch die allgemeine Erhöhung berücksichtigt worden sind, geltend machen, so ist auch hier wie in allen anderen Fällen der Pauschalierung besonderer Werbungskosten und sonstiger Ausgaben ein Einzelnachweis erforderlich. Diesen Grundsatz habe ich stets betont, und nach diesen Grundsätzen ist auch bisher in der Praxis fast allgemein verfahren worden. Wenn in ganz vereinzelt Fällen in der rückliegenden Zeit anders verfahren worden ist, so hat das jedenfalls nicht meinen Anordnungen entsprochen. Ich bin deshalb nicht in der Lage, die Ausführungen im Abschnitt I meines Rundschreibens vom 30. November 1929 Nummer S 2226 A/4500 III., die keine Abweichung von der bisherigen Regelung bedeuten, vielmehr dazu dienen, einer vereinzelt aufgetauchten, irrtümlichen und sachlich nicht gerechtfertigten Auslegung meiner Anordnungen entgegenzutreten, zurückzunehmen.“  
gez. Unterschrift.“

**Ablauf der Anmeldefrist für Elternrenten.**

Die Fristen zur Anmeldung des Anspruchs auf Elternrente enden nach § 111 des Reichsversorgungsgesetzes frühestens am 31. März 1930. Dieser Termin ist in wenigen Wochen erreicht und damit den meisten Kriegserkennern die Möglichkeit genommen, neue Ansprüche geltend zu machen. Insbesondere alle die Eltern, deren Söhne jüngeren Jahrgängen angehörten und die demzufolge heute die im § 45 des RVG. aufgeführten Altersgrenzen noch nicht erreicht haben können, würden bei starrer Festhaltung dieser Frist hart betroffen werden. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat deshalb beim Reichsarbeitsministerium eine Anmeldefrist um mindestens zwei Jahre beantragt. Zweckmäßiger wäre es jedoch, wenn die Fristen für Elternrentenansprüche überhaupt in Fortfall kämen. Trotzdem empfiehlt es sich aber dringend, etwaige Ansprüche auf Elternrente noch vor dem 31. März anzumelden.

**Vom Ausland**

**Neue Aufgaben der englischen Gewerkschaften.**

Die englischen Gewerkschaften gehen dazu über, eine Arbeitersportbewegung ähnlich der deutschen in ganz England zu organisieren. Seit drei Jahren besteht in London eine Sportorganisation der Labour Party, in der Fußball, Cricket und Leichtathletik gepflegt wird. Präsident dieser Organisation ist der englische Premierminister Macdonald. Auf Anregung der Gewerkschaften findet, wie der „Daily Herald“ meldet, am 20. Februar in London unter Leitung des englischen Verkehrsministers Morrison eine Konferenz der Londoner Sportorganisationen mit den Vertretern der Gewerkschaften statt, um der Bedeutung einer eigenen Sportorganisation für die englische Arbeiterbewegung besonderen Nachdruck zu verleihen. Die schon bestehenden Sportvereine der Labour Party und Gewerkschaften sollen zu einer Landesorganisation zusammengefasst und neue Vereine gegründet werden.

**Spaltung und Arbeitslosigkeit.**

(IGB.) In Rumänien nennen sich die abgepaltenen kommunistischen Gewerkschaften „Einheitliche“. Trotz dieses schönen Namens ist nun auch unter diesen „Einheitlichen“ Streit und Hader ausgebrochen. Gegenseitig sperren sie sich aus ihren Organisationen aus, was zur Folge hat, dass nun die Führer der ausgesperrten den Arbeitern vorschlagen, sogenannte „unabhängige“ und „unpolitische“ Gewerkschaften zu gründen. Das Resultat all dieser Treibereien ist, dass die rumänische Arbeiterbewegung, die auch ohne Spaltung noch schwach wäre, einer um so schlimmeren Ausbeutung preisgegeben ist. In Temesvar, wo sich die Spaltung

am schärfsten auswirkte, haben sich die Arbeitsverhältnisse in den Fabriken so verschlimmert, dass sie schlechter sind als vor 30 Jahren, dass heißt zu einer Zeit, als es überhaupt noch keine organisierten Fabrikarbeiter gab.

Wie eng die durch die Spaltung geschaffene Lage mit der Arbeitslosigkeit respektive mit ihrer Bekämpfung zusammenhängt, zeigen nachstehende Ausführungen der „Arbeiter-Zeitung“ von Temesvar:

„Nirgends in der Welt ist die Arbeiterschaft der Ausbeutung und dem Elend gegenüber so wehrlos wie in Rumänien. Wenn wir die Ursache suchen, so finden wir sie nicht so sehr in der wirtschaftlichen Krise und der Politik der Regierung, sondern vielmehr in der Spaltung der Arbeiterbewegung, die die Agenten Moskaus vor einigen Jahren heraufbeschworen haben, ferner in dem Kampf, den sie seither ununterbrochen gegen die zielbewusstesten und ernstesten Arbeiterorganisationen führen. Die Richtigkeit dieser Feststellung beweist unter anderem die Tatsache, dass, wenn auch in andern Staaten Arbeitslosigkeit besteht, ja sogar noch grösser ist als bei uns, dort die Arbeiterschaft dennoch keiner so gewaltigen Not preisgegeben ist wie in Rumänien. Warum? Weil dort die Einigkeit, die organisierte Macht und der politische Einfluss der Arbeiterklasse die Regierungen dazu zwingen kann, dass die Arbeitslosigkeit nicht nur durch Unterstützungen der Arbeitslosen, sondern auch durch andere Massregeln erfolgreich bekämpft wird.“

Die gegenwärtige traurige Lage der Arbeiterklasse macht es daher dringend notwendig, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung aufhört, dass jene Arbeitermassen, die bisher das Spielzeug der scheinrevolutionären Demagogie waren und sich zu dem mit allen Mitteln gegen die Amsterdamer Gewerkschaften geführten Kampf missbrauchen liessen, sich endlich von der Unrichtigkeit und Arbeiterfeindlichkeit ihres bisherigen Handelns überzeugen, dieses aufgeben und die alte Arbeitereinheit dadurch wieder herstellen, dass sie den Amsterdamer Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei beitreten.“

**Verchiedenes**

**Sprachkurse.**

Anfang März beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzlehre und Sprachlehre; „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Anfertigung von Aufsätzen.

Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Die Kurse werden im eigenen Heim der Sprachenschule, Berlin W 35, Potsdamer Straße 52, abgehalten. Die Schule ist mit allen neuesten Hilfsmitteln für den fremdsprachlichen Unterricht (Lautapparate, Anschauungstafeln usw.) eingerichtet.

Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

**Eine arbeitserfeindliche Organisation.**

Es handelt sich um die Deutsche Turnerschaft, die vor dem Kriege Mitglieder aus schloß, von denen bekannt wurde, daß sie den freien Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie angehörten. Als Ausschlußgrund genügte auch schon das Lesen einer Arbeiterzeitung und die Freundschaft mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten. Nach dem Umsturz sind die Verhältnisse in der Deutschen Turnerschaft nicht viel besser geworden. Ausnahmen bestätigen die Regel. Der Vorsitzende des deutschen Turnvereins Böhlen bei Leipzig wurde bei den Kommunalwahlen im November 1929 als Spitzenkandidat einer bürgerlichen Liste in das Gemeindeparlament gewählt und hat dort bei der Wahl des Gemeindeverordnetenvorstehers seine Stimme für eine Sozialdemokraten abgegeben! Daraufhin schrieben die „Röthaer Nachrichten“ in einem Eingangsartikel unter der Überschrift „Der deutsche Turnverein „Jahn“, Böhlen, unter marxistischer Führung“: „In erster Linie aber werden sich die Mitglieder des deutschen Turnvereins in Böhlen bedanken, von einem marxistisch eingestellten ersten Vorsitzenden geführt zu werden.“

**Sachtechnisches**

II.

**Cirine-Wachseleim und geeignete Grundierungen.**

Es ist dies ein Bindemittel, das bezüglich Wirtschaftlichkeit über allen Bindemitteln steht, die für Leimfarbe bisher auf den Markt gebracht wurden. Wirtschaftlich deshalb, weil sowohl der unverdünnte als der verdünnte WC. sowie die damit verbundenen Farben — abgesehen von solchen, die Ultramarin, also Schwefel enthalten — nicht in Verwesung übergehen. Sodann ist Wachseleim das einzige Bindemittel für Leimfarben, das eine zehn- bis zwanzigmalige Wiederverwendung des Anstrichs gestattet, ohne vorher die vollständig unproduktive Arbeit des Abkratzens ausführen zu müssen. Aber weil WC. eine Emulsion ist, ähnlich wie Cirine-Ölwachs-Caséin, Neotemp, Curol, Gebra usw. (nur nicht billiger in der Ausfühung als diese), trocknet der Anstrich auf ungleich anziehenden Gründen und auch wenn er überleimt ist, gern flüchtig auf. Das deshalb, weil die stark anziehenden Stellen auch den Delqehalt des Bindemittels einziehen und dann die Farbe etwas heller austrocknet, während die nicht anziehenden Stellen den Delqehalt im Bindemittel zur Abbindung der Farbe lassen und dadurch die Farbe

einen fatteren, das heißt, den richtigen Ton bekommt. Die Schuld am Fleckigwerden trägt also im ersten Fall nicht das Bindemittel, sondern der Untergrund. Hier können nur geeignete Zusätze zur Grundierfarbe Abhilfe schaffen. Das vorerwähnte oder aluminieren nicht immer hilft, dürfte den Malern bekannt sein. Dagegen sind solche Materialien, die eine körperlache Schicht zwischen Puzgrund und Fertiganzstrich legen, hierfür geeignet. Man löse also Wachsleim 1:8 auf und setze dieser Verdünnung zirka 30% Töpferton zu. Wenn gut getrocknet, wird hierauf ein Wachsleimfarbanstrich, bei dem, mit einer Verdünnung 1:5 die Farbe strichfertig gemacht ist, tadellos austrocknen. Eine so angemachte Wachsleimfarbe auf eine Grundierung gestrichen, 1:8 verdünnt mit Zusatz von 30 bis 40% feingemahltem Bimssteinmehl, wird auch hier denselben Erfolg haben. Werden Marsfarben verwendet, auch Ultramarinblau und Schwarz, so muß noch bis zur Wischfestigkeit nachgebunden werden, weil diese Farben mehr Bindemittel erfordern. Stark anilinhalige Farben sind zu vermeiden.

**Die Technik der Emulsionen.**

Die Bestrebungen des „Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild“ können nur an Boden gewinnen, wenn der Maler haltbare Buntanstriche anzuführen imstande ist. Wie die Praxis zeigt, ist dies mit den bisher vorhandenen Bindemitteln sehr schwer. Nicht nur die Emulsionen, sondern auch die Kieselsäure-Techniken haben vielfach versagt.

Es kann aber eine Emulsionsfarbe nur haltbar sein, wenn die Farbe richtig zubereitet, die geeigneten Trockenfarben verwendet und auch der Puzgrund der richtige ist. Wird ein Puz aus frischgelöschtem Kalk und unreinem, nicht scharfem Sand ausgeführt, so wird er noch so viele nicht neutralisierte Alkalien enthalten, daß ein Anstrich, auch wenn er richtig ausgeführt ist, nicht halten kann. Beim Anmachen der Farbe müssen alle die Vorsichtsmaßregeln angewandt werden, wie bei der Oelfarbe.

Es dürfen nur gut deckende und deshalb wenig Füllstoff enthaltende Trockenfarben verwendet werden. Sodann müssen diese Trockenfarben direkt mit der vorgeschriebmäßig verdünnten Emulsion angerührt und auf der Mühle fein gerieben werden. Als Weiß darf für außen nur Zinkweiß oder Lithopon verwendet werden. Die Farbe ist mit kurzer Bürste mager zureiben. Das Wichtigste ist, daß man vor den zwei Emulsionsfarbanstrichen eine Grundierung ausführt, die den Grund völlig abbindet, und zwar mit Delwachsleim 1:4 verdünnt und etwas Kalkzusaß. Denn ein zweimaliger Oelfarbanstrich hält auf rohem Puz auch kaum ein halbes Jahr, also kann ein, dazu noch unrichtig ausgeführter Emulsionsanstrich auch nicht halten. Die Grundfarbe muß nahezu decken, damit in der Fertigfarbe etwa ein Viertel Farbe, aber drei Viertel Bindemittel sich befinden. Wenn nur das Bindemittel macht die Farbe haltbar, nicht die Deckfarbe. Ein so ausgeführter Anstrich mit irgendeiner Emulsion wird aber dann so teuer, daß er gegenüber Oelfarbe nicht mehr konkurrenzfähig ist, und wird deshalb kaum mehr ausgeführt werden können. Deshalb hat sich die Industrie bemüht, neue Materialien herauszubringen, die geeignet sind, die Emulsionen für Fassaden völlig zu verdrängen.

Die Cirinwerke brachten nun ein Cirinomatt (Edelelternis), ein reines Delprodukt, keine Emulsion also, auf den Markt. Wie bekannt, nimmt der Leinölfilm bis zu 100% Wasser auf, während Cirinomatt nur 2% Wasser aufnimmt. Daraus geht schon die Überlegenheit dieses Materials für Außenanstriche und auch für solche in Heilanstalten, Spitälern usw. hervor.

Für Innenanstriche werden die gutdeckenden Trockenfarben — als Weiß, Zinkweiß oder Lithopon — einfach mit Cirinomatt angerührt. Etwas Trockensstoff ist zuzusetzen. Die Farbe kann, weil sehr flüssig, mit der kurzen Bürste gestrichen werden und spritzt fast gar nicht. Es genügen auf rohem Puz zwei Anstriche. Sollten sich nach der Grundierung stark eingeschlagene Stellen zeigen, so sind diese vor dem Fertiganzstrich noch einmal mager vorzutrichen. Der Farbanstrich muß gepuht werden. Der Anstrich ist gegen Säuren, wie Soda, Formalin usw. sehr widerstandsfähig. Weil vollständig matt, hat er monumentale Wirkung. Auch Heizkörper können damit gestrichen werden, weil Cirino 150 bis 200 Grad Hitze aushält. Die Farbe ist sehr elastisch.

An Wirtschaftlichkeit wird dieses Material von keinem andern übertroffen, weshalb Auftraggeber größere Arbeiten ausführen lassen können, ohne mehr Geld auszugeben. Dieser Anstrich ist billiger, schöner und haltbarer, als alle bisher mit andern Materialien ausgeführte Anstriche.

**Die neue Art Wände zu kleiden!**

Das „Fachblatt für Maler“ brachte in seiner Februarnummer die Beschreibung eines neuen Dekorations- und Anstrichapparates, mit dem eine neue Wandbelebungs-Technik, das sogenannte „Decotric-Verfahren“, ins Leben gerufen ist.

Die Auffassungen der modernen Raumkünstler sind bekannt. Die Lösung einer Raumstimmung durch glatte, farbige Flächen hat durch die sachliche Einstellung unserer Zeit und Billigkeit in der Herstellung allgemeine Verbreitung gefunden. Im Hinblick auf jene Geschmacksrichtungen vergangener Jahrzehnte war das entschieden ein Fortschritt in der Innendekoration.

Nun ist aber nicht zu verhehlen, daß im Gegensatz hierzu, bei weitem Kreisen des Publikums das Verlangen nach belebter, geschwächerter Wand besteht, ja, sich eine starke Abneigung gegen die glatte Wand bemerkbar macht. Die Anfänge der Tapetenindustrie sprechen Bände dafür.

Neber die Lage unseres Berufes braucht an dieser Stelle nicht geschrieben werden. Jeder Maler weiß, daß keine Möglichkeit unversucht bleiben darf, die dem Malergewerbe Hilfe bringt. Kein sachliche, wirtschaftliche Erwägungen haben dabei den Vorrang vor künstlerisch-ästhetischen

Nun ist in dem „Decotric“ ein Apparat konstruiert, mit dem der Maler in einem Arbeitsgang in 2 bis 4 verschiedenen Farbtönen die verschiedenartigsten Wandbelebungen produzieren kann. Und zwar lassen sich durch Einsetzen von Walzen verschiedene Streifen, Bänder, Muster, Streumuster, Ornamente und Ähnliches anbringen. Aber darüber hinaus werden die Streifen der ausgewählten Farbe mit der Deckenbürste noch verschiedenartig bearbeitet, so daß neuartige Wirkungen von stoffartigem Charakter auf der Fläche entstehen, die der Wand etwas angenehmer Bekleidetes geben.

Dieser Apparat ist keine verblüffende Neuheit, die nach kurzem Auftreten wieder in Vergessenheit gerät, sondern ein Hilfsmittel, das 6 Jahre lang ausprobiert wurde, ehe es auf den Markt kam und seit 2 Jahren in der Praxis angewandt wird und sich bewährt hat. Nach Meinung erster Fachleute unseres Berufes ist der Maler mit dem „Decotric“-Apparat imstande, durch die kapellenähnliche Wirkung des Apparates ein weiteres Arbeitsfeld zu erschließen. So wirkt sich „Decotric“ in sozialer Hinsicht aus als ein Mittel zum Schaffen neuer Arbeitsmöglichkeiten, als ein Mittel gegen Erwerbslosigkeit.

Damit ist „Decotric“ kein Imitationsmittel, sondern ein reines Malerwerkzeug. Alle bekannten Belebungs-Techniken wie Wickeln, Tupfen, Rollen sind in dem Apparat enthalten, bei größerer Bequemlichkeit und schnellerer und sicherer Arbeitsweise.

Der „Decotric“-Apparat hat eine Bewegung ins Leben gerufen, die mit der Belebung der schlichten Wand einem absoluten Bedürfnis der Verbraucherkreise entspricht. Daß diese Belebung sich durchaus im Rahmen der zeitgemäßen Raumauffassung geschmackvoll gestalten läßt, beweisen die vielen Räume, die mit dem Apparat bereits hergestellt sind.

Der „Decotric“ ist also, wie aus dem Gesagten hervorgeht, nicht als Maschine anzusehen, die die Arbeit verkürzt, sondern „Decotric“ schafft neue Arbeitsmöglichkeiten.

Jeder einsichtige Kollege wird die Nützlichkeit der neuen Bewegung für das Gewerbe erkennen. Weil mit der Gesamtlage des Gewerbes die wirtschaftliche Lage jedes einzelnen Kollegen in engem Zusammenhang steht, werden auch wir jede Belebung unseres Gewerbes zu fördern suchen. Wir dürfen also im „Decotric“ einen Freund und Kollegen begrüßen.

**Fachliteratur**

Nikolaus Stolz, Grundlagen der Kalkulation, Preisermittlung und Betriebslehre im Malerhandwerk und verwandten Berufen. Ein Hilfsbuch für Maler und Baumeister zur Aufstellung von Leistungsbeschreibungen und Kostenvorschlägen. Folioformat, 106 Seiten, kart. 6 M., München, Verlag Georg D. W. Callwan. Das neue Kalkulationsbuch von Stolz ist das vorzüglichste Werk, das wir kennen auf diesem so schwierigen Gebiete. Nur ein so energischer Mann, wie der Verfasser, der weiß, was er will, konnte mit Bienenfleiß die schwere Aufgabe lösen. Vor allen andern Schriften ähnlicher Art hat es das eine voraus, daß es auf streng wissenschaftlich-wirtschaftlicher Basis aufgebaut ist, erschöpfend auf alle Ursachen der Kostenberechnung eingeht und auch nicht das geringste Element wirtschaftlicher Berechnung außer acht läßt. Klar und übersichtlich wird der gesamte Stoff der Kostenberechnung in verschiedenartigen Malerbetrieben durchgearbeitet und mit zahlreichen Beispielen an Hand von Tabellen und Aufstellungen erläutert, so daß kein Zweifel mehr darüber aufkommen kann, was alles bei einer wirtschaftlich gesunden Rentabilitätsberechnung berücksichtigt werden muß. Das Buch bietet eine absolut sichere Grundlage für eine rechnerisch richtige Betriebsführung und zugleich die beste Gewähr gegen den Niedergang des Gewerbes durch die Folgen unzulänglicher Preisbildung. Möchte jeder Maler die hier vertretenen kalkulatorischen Normen nicht bloß studieren, sondern auch befolgen, dann wird es besser um unser Gewerbe stehen.

**Literarisches**

Um Sein oder Nichtsein der Simultanschule. Von C. Broglio. 4. der Völkischer-Schriftenreihe. 32 Seiten. Preis 60 S. — Verlagsbuchhandlung Karl Zwing, Jena. — Ein interessantes Stück Schulgeschichte, das für die deutsche Schulpolitik der nächsten Jahre von allergrößter Bedeutung ist. In der Frage der Simultanschulländer ist der letzte Reichsschulgesetzentwurf gescheitert. Die heutige Rechtslage im deutschen Schulwesen ist so unsicher, daß neue Schullämpfe vor der Tür stehen. Die Schrift Broglios ist für alle, die diesen Schullämpfen nicht ungerührt entgegengehen wollen, unentbehrlich. Ernst Abbe, der Arbeiterfreund. Von Karl Semmler. 32 Seiten mit einem Bildnis Abbes. Preis 1 M. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. — Aus Anlaß des fünfzigjährigen Todesjubiläum des Gelehrten, Sozialpolitikers und Großindustriellen Ernst Abbe bietet der Verfasser ein geschlossenes Lebens- und Charakterbild dieses seltsamen Menschen, der seine Betriebe bereits 1889 sozialisierte und 1900 den Achtstundentag einführte. Der Schrift ist eine große Verbreitung in Gewerkschaftskreisen zu wünschen.

Bericht über den 33. Deutschen Krankentag 1929 in Nürnberg. Verlagsbuchhandlung deutscher Krankenkassen m. B. S., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. Preis in Leinen gebunden 2,50 M. — Die Deutschen Krankentage, die Hauptveranstaltungen der größten Organisation der Krankenkassen, des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. V., werden in der Öffentlichkeit ständig mehr beachtet. Das gilt für den 33. Krankentag ganz besonders, gab er doch Gelegenheit, zu der wichtigsten Frage der Reform der Krankenversicherung Stellung zu nehmen. Der vorliegende Bericht bringt die gesamten Verhandlungen des Krankentages im Wortlaut. Wer an der Entwicklung unserer Sozialpolitik, insbesondere der Krankenversicherung, interessiert ist, kann an diesem Bericht nicht vorbeigehen.

Sarissa Rejzner: Oktober. Mit einer Einleitung von Karl Kadel. Buchausstattung von John Heartfield. Erschienen im Neuen Deutschen Verlag, Berlin W 8. 528 Seiten. Preis kartoniert 5 M., gebunden 6,50 M. Die Verfasserin, eine mutige Revolutionärin, nimmt aus den russischen intellektuellen Kreisen. Sie lebhaft geschilderten Erlebnisse aus der Oktoberrevolution und wie aus einem Guß im Sinne einer überzeugten Kommunistin dargestellt.

Fritz Bruppacher: Liebe, Geschlechtsbeziehungen und Geschlechtspolitik. Die als Band 67 der Wissenschaftlichen Elementarbücher des Neuen Deutschen Verlages erscheinende

Schrift des bekannten sozialistischen Schriftstellers und Arztes Dr. Bruppacher (53 Seiten, kartoniert 80 S.) enthält in leicht verständlicher Darstellung alles, was die Proletarier und die Arbeiter über die wichtigsten Funktionen des menschlichen Körpers wissen sollte.

Gleichzeitig erscheint jetzt die fünfte Auflage der bekannten Bruppacherschen Broschüre „Kindererger, Grundbildung und Fruchtabreitung“ (Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8. Preis 40 S.), die eine wertvolle Ergänzung „Liebe“ darstellt.

Beitrag Fremdwörter und politische Schlagwörter. Von Dr. Braun. Verlag F. W. Diez Nachfolger, G. m. b. H., Berlin 149 Seiten. Preis 2 M. — Das von Adolf Braun zum ersten Male herausgegebene Buchlein ist nunmehr nach dem Tode des Verfassers in achter, verbesserter Auflage erschienen. Das wohl der beste Beweis dafür, daß dieses Werk einem wirklichen Bedürfnis entspricht.

Salomon Schwarz: „Handbuch der Gewerkschaftslehre“ 447 Seiten. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In Ganzleinen gebunden 8 M., Organisationspreis 6 M. Es ist sehr zu begrüßen, daß der bekannte Sozialpolitiker Dr. Salomon Schwarz es unternommen hat, die Arbeit von Barthel fortzuführen und die Gewerkschaftslehre der Nachkriegszeit unter rund 60.000 Mitgliedern zu bearbeiten. Alle aus den Gewerkschaftslehren behandelten Fragen werden in klaren, knapp geschriebenen Abhandlungen dargestellt. Einleitend werden die Lehren des ADGB zu ersten Male nach ihrer Entstehung und ihrem sachlichen Zusammenhang eingehend geschildert. Der Benutzer des Handbuchs wird die ungemessene Sorgfältigkeit bemerken, mit der das Material zusammengetragen und in sachkundiger objektiver Weise bearbeitet worden ist. Das Handbuch muß in der Bibliothek jedes Gewerkschaftlers zu finden sein.

Wilhelm Eggert: „Arbeiter und Weltwirtschaft.“ Ein Vortrag, gehalten in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, Berlin 50 S., Organisationspreis 35 S. Eggert zeigt in dieser kleinen Broschüre die Beziehungen der Arbeiterklasse zur Weltwirtschaft. Es ist kaum in einer andern Schrift in so übersichtlicher und so jeden verständlicher Weise über dieses Problem bisher etwas gesagt worden. Deshalb ist auch diese Broschüre zur Information für unsere Kollegen und Kolleginnen zu empfehlen, die mit weltwirtschaftlichen Problemen beschäftigt sind.

Von der Gotteslästerung zur Glaubenslästerung. Religion und Strafrecht. Die Religionsbeichte zum neuen Strafrechtsgesetz. Von Peter Maslowitz, M. D. R. Mops-Verlag, Berlin NW 7.

Statistik und graphische Darstellung. Ein Hilfsbuch für Arbeiter-Bildungskurse. Nach Beispielen aus der Gewerkschaftsbewegung. Bearbeitet von Otto Trefflich. Verlag: Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg, Bräunerstraße 25/27. Preis 1,80 M. Aus dem Inhalt der mit großer Sachkenntnis bearbeiteten, empfehlenswerten Schrift seien folgende Abschnitte genannt: Vom Wesen der Statistik; statistischen Methoden; Gliederungsregeln; Beziehungszahlen; Indizes; Der Reallohnindex; Die einfache Durchschnittsberechnung; Der gewogene Durchschnitt; Der Zentralwert; Gruppenbildung; Die graphische Darstellung; Das Arbeitsverfahren in der Statistik; Statistik und Arbeiterklasse; Zahlenanhang.

„Die Böhmerkreis-Zeitschrift“ stellt sich in neuem Gewand vor. Sie erscheint nunmehr im Format der Romanbände in vier Jahrgängen. Ohne finanzielle Mehrbelastung für die Mitglieder ist ihr Umfang um 40% auf 80 Seiten (statt bisher 48 in drei Monatsheften) vermehrt worden. Ein Beweis dafür, wie sehr der Böhmerkreis bestrebt ist, seinen Mitgliefern den wenigsten Geld ein Höchstmaß an Lesung zu bieten! Die Zeitschrift beim Böhmerkreis (Kunst und Weisheit in der Parteibuchhandlung oder direkt beim Böhmerkreis, Berlin SW 6, Belle-Alliance-Platz 7/8), kann jeder erwerben. Seine Mitglieder erhalten das Heft umsonst. Es kann aber auch Einzelhefte von 90 S. bezogen werden.

Jugendplan und Gemeindepolitik. Von E. A. Schräufel. Bürgermeister in Mühlh. Junius-Verlag, Berlin. Preis 60 S. Der Verfasser behandelt das Thema vom Standpunkt der kommunistischen Opposition aus.

Besser die Arbeit von 5/4 Millionen Menschen wird durch die Arbeit von 2 Dampfmaschinen aufgewogen, die Ford in seinen Eraktorenwerk sehr aufgestellt hat. Dieses und vieles andere Interessante bringt das „Fremdwörter“-Buch. Es behandelt ein neu erfundenes Wort aus dem Weltwirtschaftslexikon der Arbeiter. In die noch wenig bekannten Zusammenhänge von Proletariat und Bourgeoisie bringt ein Aufsatz von Richard Schädler über die sogenannte Nazitation der Arbeiter. Die Heimat der Urmenchen befindet sich auf dem Ozean Orien Eurodas und anderer Erdteile, aber gerade in Südamerika hat sie unter besonders günstigen Bedingungen Fuß gefaßt, wovon Kurt Braune erzählt. Julius Eisenstädter handelt in fesselnder Weise das Weltpolitische Proletariat des Kongos ab. Eine „Technische Rundschau“ zeigt, wie sehr die technische der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschen vorausgeeilt ist. In der Abteilung „Merktel Wissen“ werden mannigfache Neugierigkeiten mitgeteilt. Der Urania-Verlag in Jena stellt jederzeit gern Probehefte und Prospekt seiner gediegenen Zeitschrift kostenlos zur Verfügung. Es bedarf nur einer entsprechenden Aufforderung.

Vom 17. Febr. bis 23. Febr. ist die 8. Beitragswoche  
Vom 24. Febr. bis 2. März ist die 9. Beitragswoche

**Sterbetafel.**

Dresden. Am 7. Februar starb unser Mitglied, der Kollege Peter Schacht nach langem Abkämpfen an Herzschlag im Alter von 58 Jahren. Er war 28 Jahre unserm Verband.  
Effen. Nach langer Krankheit starb unser langjähriges Mitglied Thomas Urbaniski im Alter von 60 Jahren.  
Frankfurt a. Main. Am 22. Januar starb nach langem Leiden unser freies Mitglied, der Kollege Wilhelm Schickel im Alter von 59 Jahren.  
Magdeburg. Am 3. Februar starb plötzlich an Schlaganfall unser langjähriges Mitglied Wilhelm Voge im Alter von 63 Jahren.  
Nürnberg. Am 19. Januar starb unser freier Kollege und langjähriges Mitglied August Strobel, geboren am 7. April 1885 zu Nürnberg, eingetreten am 2. Mai 1929 in Nürnberg, an einem Magenleiden.  
Ehre ihrem Andenken!

**Tüchtige Holzmaler**

werden sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. Es wollen sich aber nur Fachleute melden. Zuschriften erbeten an:

Otto Schneider, Möbelfabrik, Bernsdorf O.-L.

**Entgehendes Malergeschäft**

mit Werkstatt krankheitshalber zu verkaufen. Hermann Röder, Nürnberg, Ludwig-Feuerbach-Straße